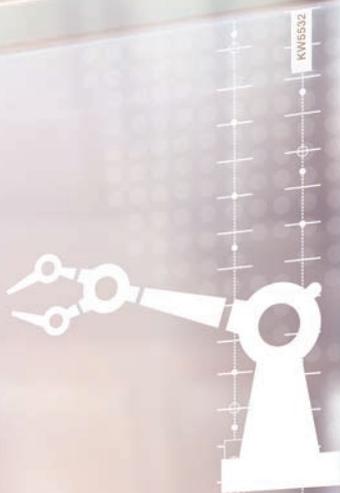


NEUE INDUSTRIESTRATEGIE

Soll der Staat unsere Wirtschaft schützen?



DOPPELTE BEITRÄGE

**Wie sich Betriebsrenten
wieder lohnen können**



PAUL ZIEMIAK IM INTERVIEW

**„Fleißige müssen
entlastet werden“**

BILANZ DER MIT

**Viel erreicht,
viel zu tun**

Der Crafter. Jetzt mit 7.000 € Ökoprämie*.



Nur für Gewerbetreibende: Sichern Sie sich die Ökoprämie für Ihr Altfahrzeug.

Macht sich gut auf der Straße und in den Büchern: Profitieren Sie beim Kauf eines neuen Crafter von 7.000 € Ökoprämie für Ihren alten Euro 1 bis 4 sowie Euro I bis IV Diesel – egal, welche Marke Sie gerade fahren. Weitere Informationen, auch zu unserer zusätzlichen Wartungs- und Verschleißaktion, erhalten Sie bei Ihrem Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner.



Nutzfahrzeuge

* Sie erhalten beim Erwerb (Kauf, Leasing, Finanzierung) eines Crafter und bei nachgewiesener Verwertung Ihres Diesel-Altfahrzeugs aller Marken mit LKW-Zulassung bis 7,49t zGG oder bei einer Pkw- oder Sonderkraftfahrzeug-Zulassung (Abgasstandard EURO 1 bis EURO 4 und EURO I bis EURO IV) eine Ökoprämie. Von der Aktion ausgeschlossen sind der e-Crafter und der Grand California. Das Angebot gilt für gewerbliche Einzelabnehmer. Das zu verschrottende Altfahrzeug muss zum Zeitpunkt der Neufahrzeugbestellung mindestens 6 Monate auf Sie zugelassen sein und bis spätestens einen Kalendermonat nach Zulassung des Neufahrzeugs durch einen zertifizierten Verwerter verschrottet werden. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Stand 01/19.

Wovon wollen wir leben?

*Liebe Lesenden
und Les,*

die Aufbruchsstimmung in der CDU ist bislang noch nicht in der Großen Koalition angekommen. Es ist besorgniserregend, wenn uns nach 10 Jahren Aufschwung und sprudelnden Steuereinnahmen das Geld ausgeht und wir statt über Steuersenkungen und Entlastungen über Steuererhöhungen und neue Sozialstaatsprogramme diskutieren. Es kommt jetzt auf den Einsatz der MIT an, um die richtigen Beschlüsse des Parteitags auch in der Großen Koalition zu verankern und weitere Schritte in die falsche Richtung zu verhindern.

Beispiel Energiepolitik: Auf den überstürzten Ausstieg aus der Kernenergie folgt nun der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2038. In der Kohlekommission fehlte nur leider ein wichtiger Akteur: der Steuerzahler. Der hätte nicht nur auf die Kosten in nahezu dreistelliger Milliardenhöhe hingewiesen, sondern auch darauf, dass die Kohleverstromung marktbedingt ohnehin zurückgeht. Der Energiepolitik täte eine Grundsatzdiskussion über Ziele und Instrumente gut. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit kommen derzeit zu kurz. Trotz eines langsamen Umstiegs auf Ausschreibungsverfahren ist es immer noch der Staat, der bestimmt, wie viel Erneuerbaren-Strom er wann und in welchem Technologiemix haben möchte. Besser wäre ein europaweiter Emissionshandel. Dieser wäre marktwirtschaftlich ausgelegt und nicht auf nationale Grenzen beschränkt.

Beispiel Fahrverbote: Die ganze Debatte um falsch aufgestellte Messstationen und politisch motivierte Fahrverbote ist schief. Dazu kommt der Streit der Wissenschaftler und Ärzte über Stickoxid-Grenzwerte. Solange diese Widersprüche nicht geklärt sind, sollten die Grenzwerte ausgesetzt werden. Ich weiß, dass das kurzfristig in Europa kaum umsetzbar wäre. Doch wir können nicht einfach in die Freiheits- und Eigentumsrechte von Millionen Bürgern massiv eingreifen und Fahrverbote verhängen, wenn die Sachlage nicht klar ist. Kurzum: Wer schlechte Messergebnisse will, wird diese auch bekommen, je nachdem wie nah die Messstationen an den Straßenrand gestellt werden. Die europäische Richtlinie und auch die Bundesimmissionsschutzverordnung schreiben etwas anderes vor. Hier müssen wir dringend nachbessern.



Beispiel Sozialstaat: Die SPD hat in den letzten 20 Jahren 16 Jahre mitregiert und viel Sozialpolitik durchgesetzt. Mit ihrem sozialfreudigen Feuerwerk macht sie sich deshalb kleiner, als sie ist. Natürlich muss auch die SPD versuchen, ihr Profil zu schärfen. Der Überbietungswettbewerb der SPD-Minister ohne Rücksicht auf den Koalitionsvertrag und die Leidensfähigkeit der Beitrags- und Steuerzahler schürt jedoch eine Erwartungshaltung, die nur enttäuscht werden kann. Das ist ein Programm für Politikverdrossenheit, von dem am Ende Protestparteien profitieren.

Es ist daher gut, dass wir im Herbst in der Großen Koalition Bilanz ziehen werden. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, wenn wir hohe Beschäftigung und Wachstum sichern wollen (siehe auch S. 13). Statt Geld mit der Gießkanne zu verteilen, sollten wir auf eine zukunftsgerichtete Politik des gesunden Menschenverstandes setzen: für bezahlbaren Strom, gesicherte Grenzwerte und einen zielgerichteten Schutz vor Altersarmut.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir sollten in Zukunft wieder mehr darüber reden, wovon wir leben wollen, und nicht immer nur darüber, wie wir leben wollen.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



Fotos: Bosch, Laurence Chaperon, adobe.Stock.com

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley,
Jürgen von Meer
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

ipopba/adobe.Stock.com

Druckauflage

1. Quartal/2019:
26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Werbebeilage der Firma Plan International Deutschland e.V. bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

10

MIT:EDITORIAL

Wovon wollen wir leben? 3
von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE

Soziale Marktwirtschaft ist keine Raketenwissenschaft 8
von Ursula Weidenfeld

Unsere Wirtschaftsordnung braucht einen starken Staat, aber keinen, der sie nur als Geldmaschine für die Sozialpolitik benutzt.

MIT:TITEL

Staatliche Förderung
Steuermilliarde für Batteriefabriken? 10
Der Bund will eine Milliarde Euro in die Batteriezellfertigung stecken. Die Pläne sind nicht ohne Risiko.

Industriestrategie 2030
Altmaier will mehr staatliche Lenkung 11

Der Staat als weißer Ritter? Der Wirtschaftsminister plant, einen Beteiligungsfonds gegen feindliche Übernahmen zu gründen.

Ärger um doppelte Beiträge
Wie sich die betriebliche Altersvorsorge wieder lohnen kann 18

Die MIT drängt auf eine Reform – auch gegen den Willen der Kanzlerin.

MIT:THEMA

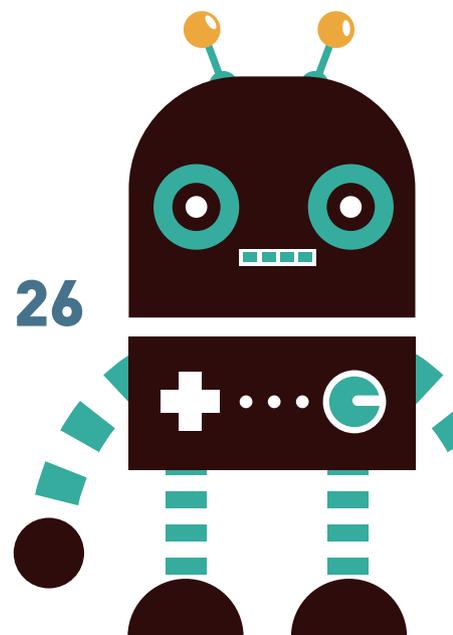
Arbeitswelten im Umbruch
Das Ziel ist noch nicht in Sicht 13

Digitalisierung, Demografie und Globalisierung verändern unsere Arbeitsweisen. Für den Mittelstand kündigen sich Veränderungen an.

MIT zieht Bilanz
Der Einsatz lohnt sich 16
Was wir erreicht haben, wofür wir uns stark machen.

MIT:ERKLÄRT

Social-Bots
Wie beeinflussen uns Roboter in sozialen Netzwerken? 26
Roboter wollen Debatten im Netz lenken. Muss die Politik reagieren?





21

MIT:INTERVIEW

Interview mit Paul Ziemiak
„Deutschland darf im
Steuerwettbewerb nicht
teilnahmslos zusehen“

21

Der CDU-Generalsekretär spricht
über seine neue Aufgabe und die
Ausrichtung seiner Partei.

MIT:DEBATTE

Pro & Contra
Sollte Deutschland eine aktive
Industriepolitik betreiben?

28

Carsten Müller und Thomas Köster
diskutieren.

MIT:FAKTEN

6, 9

Familienunternehmen haben es
anderswo leichter, der Fiskus profitiert
von Niedrigzinsen – und was ist ein
Reptilienfonds?

MIT:SERVICE

Buchrezension von Klaus Kelle
„Programm zur Verteidigung
der Freiheit“

36

MIT:INSIDE

EU-Check

30

So jung und schon bei der MIT

34

Neumitglieder

37

Mitgliederstatistik

38

Einfachere
Abläufe?

Dank digitaler Vernetzung
mit Kunden, Behörden
und Steuerberater.



Die digitalen DATEV-Lösungen vernetzen alle Geschäftspartner mit Ihrem Unternehmen. So schaffen Sie durchgängig digitale Prozesse und vereinfachen die Abläufe in Ihrem Unternehmen. Informieren Sie sich im Internet oder bei Ihrem Steuerberater.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.datev.de/digital-schafft-perspektive)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Deutschland weniger attraktiv für Familienbetriebe

Deutschland rutscht auf der Rangliste der für Familienunternehmen attraktivsten Standorte um vier Plätze ab. Im Ländervergleich der Stiftung Familienunternehmen, den das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erstellt hat, liegt Deutschland auf Platz 16 von 21 betrachteten OECD-Staaten – so tief wie noch nie. Auf Platz eins steht die Schweiz, gefolgt von Großbritannien und den USA. Auch Portugal liegt vor Deutschland. Besonders kritisch wird die Steuerpolitik bewertet.

Einige Länder holten hier auf, weil sie zuletzt die Unternehmenssteuern senkten. Auch die Erbschaftsteuerreform führt zu erheblichen Erschwernissen. Die Arbeitskosten in Deutschland sind vergleichsweise hoch, die Staatsausgaben für Bildung werden als zu niedrig bewertet. Bei den Strompreisen fiel Deutschland auf den vorletzten Platz zurück. Die digitale Infrastruktur ist durchschnittlich. Als hervorragend werden die Finanzierungsbedingungen für Familienunternehmen bewertet.

EU-Vorhaben betreffen Mittelstand

Wie eng der deutsche Mittelstand mit der europäischen Wirtschaftspolitik verknüpft ist, zeigt der aktuelle EU-Mittelstandsmonitor des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi): Von 117 Vorhaben aus dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2019 wirken sich 34 besonders stark auf den Mittelstand aus, etwa Vorhaben für Barrierefreiheit, Online-Warenhandel oder Cybersicherheit. Weitere 66 Vorhaben sind „eventuell“ KMU-relevant. Nur 17 der 117 wirtschaftspolitischen EU-Vorhaben betreffen den Mittelstand nicht. Die EU hat das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ festgeschrieben. Deswegen ruft das BMWi den Mittelstand auf, sich einzubringen: www.eu-mittelstandsmonitor.de



Windkraftanlagen mindern Hauswerte

Einer Studie des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge können Windkraftanlagen den Wert naheliegender Einfamilienhäuser senken. Immobilien, die sich in einem Kilometer Abstand zu einer Windkraftanlage befinden, büßten durchschnittlich rund sieben Prozent ihres Wertes ein. Eine Auswirkung auf die Immobilienpreise war erst ab einem Abstand von acht bis neun Kilometern nicht mehr nachvollziehbar. Die Forscher begründen den Wertverlust der Immobilien mit den Auswirkungen, die Windkraftträder auf ihre unmittelbare Umgebung haben. Lärm sowie die Störung des Landschaftsbildes minderten vor allem den Wert von Immobilien in ländlichen Regionen. Dort könne der Wertverlust in einem Radius von einem Kilometer sogar 23 Prozent betragen.

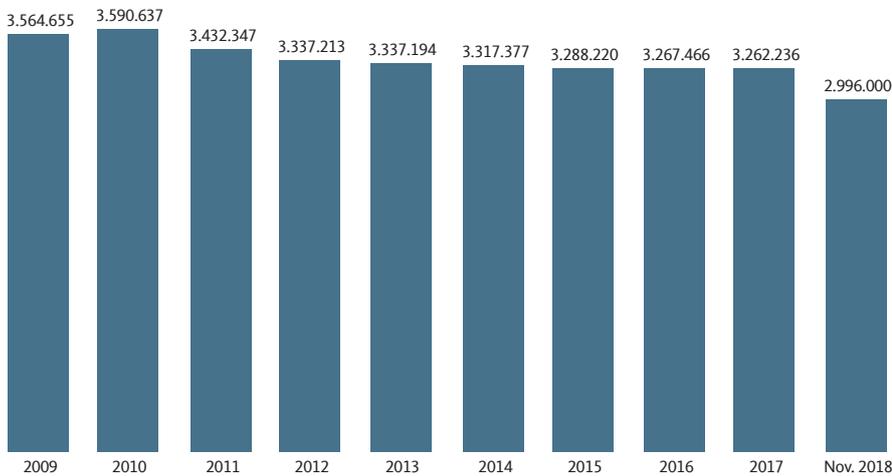
Mehr Beschäftigte, weniger Azubis

Während die Zahl der Beschäftigten in vielen Konzernen neue Rekorde erzielt, verliert die duale Ausbildung in den größten börsennotierten Unternehmen an Bedeutung. Im Jahr 2017 bildeten diese Unternehmen ein Viertel weniger junge Menschen aus als noch 2013. Das zeigt eine Analyse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Gründe für diese Entwicklung sind der Trend von der dualen Ausbildung hin zum dualen Studium, die Internationalisierung der Ausbildung sowie branchenspezifische Effekte.



Immer weniger Hartz IV-Haushalte

Anzahl der Hartz IV Bedarfsgemeinschaft nach SGB II*



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, FAZ
* 2009 bis 2017: Jahresdurchschnittswerte; 2008; Stand November

Im November 2018 lag die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld II beziehen, erstmals unter drei Millionen. Ersten Schätzungen zufolge wird sich der Durchschnittswert für das Gesamtjahr 2018 auf etwa 3,1 Millionen Hartz-IV-Haushalte belaufen. Seit 2008 ist die Zahl um fast 600 000 oder 17 Prozent gesunken. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil seit 2015 rund 750 000 Personen aus Syrien, Afghanistan und anderen Asylherkunftsländern neu ins Hartz-IV-System gekommen sind. Die Einführung von Hartz IV war Teil der Agenda 2010 des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

„Angezählt“



-10 %

Bereits das zehnte Jahr in Folge sinkt die Zahl der Apotheken in Deutschland – auf weniger als 19 500.

Dies ergab eine Abfrage des Branchenportals „Apotheke Adhoc“ bei den Apothekerkammern der Bundesländer. Laut Hochrechnung sind im vergangenen Jahr rund 300 Betriebe verschwunden. Damit sinkt die Zahl auf den tiefsten Stand seit mehr als 30 Jahren. Seit dem Allzeithoch im Jahr 2008 haben knapp 2 200 Apotheken zugesperert, ein Verlust von zehn Prozent.

Soziale Marktwirtschaft ist keine Raketenwissenschaft

Von
Ursula Weidenfeld

Die politischen Parteien sind in diesen Tagen auf Forschungsreise. Sie suchen nach den Grundlagen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und fahnden nach Wegen, das Erfolgsmodell im 21. Jahrhundert fortzusetzen. Sie verhalten sich wie Mäuse in einem Labyrinth: Sie suchen den Speck, um ihn aufzuessen. Deshalb werden sie scheitern. Denn sie verstehen nicht mehr, dass diese Wirtschaftsordnung zwar einen starken Staat braucht – aber keinen, der sie nur als Geldmaschine für die Sozialpolitik benutzt.

Bei den Linken, den Grünen und den Sozialdemokraten ist man deshalb schon schnell am Ende mit der Marktwirtschaft. Sie akzeptieren die Wirtschaftsordnung unter der Bedingung, dass sie sich von ihnen abschöpfen und lenken lässt: Sie finden, dass der Staat ohnehin am besten weiß, was seine Bürger brauchen. Deshalb soll er den größten Teil des Wohlstands an sich nehmen und neu ausgeben dürfen.

Am merkwürdigsten aber sind die Christdemokraten. Sie haben viele Fragezeichen in der Sache, gesteht die neue Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer offen. Sie wirbt für das Verständnis, dass man Geld erst mal verdienen muss, bevor man es ausgeben kann. Der Fleißige müsse am Ende mehr haben als der Faule. Leider offenbart sich schon hier das grundlegende Missverständnis der Regierungspartei: Den Erfindern der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ging es nicht darum,



Ursula Weidenfeld (56) arbeitete beim Handelsblatt, der Wirtschaftswoche und war Chefredakteurin von Impulse. Heute schreibt die freie Journalistin Kolumnen beim Tagesspiegel und bei t-online.de, wo dieser Text zuerst erschien. In ihrem Buch „Regierung ohne Volk“ beschreibt sie, warum unser politisches System nicht mehr funktioniert.

so viel Geld wie möglich zusammenzukratzen, um es anschließend als Sozialleistung unter das Volk zu bringen. Sie haben es genau andersherum gesehen: Leistung, Unternehmergeist, Kreativität und Ausdauer ermöglichen es den Menschen, in Freiheit zu leben. Freiheit ist das erste und wichtigste Versprechen der Marktwirtschaft, der soziale Ausgleich kommt danach. Deshalb stärkt die Wirtschaftsordnung den Wettbewerb, setzt der Wirtschaft einen klaren Rechtsrahmen, gibt dem Unternehmertum großen Spielraum, und stellt den Beschäftigten in Aussicht, fair entlohnt zu werden.

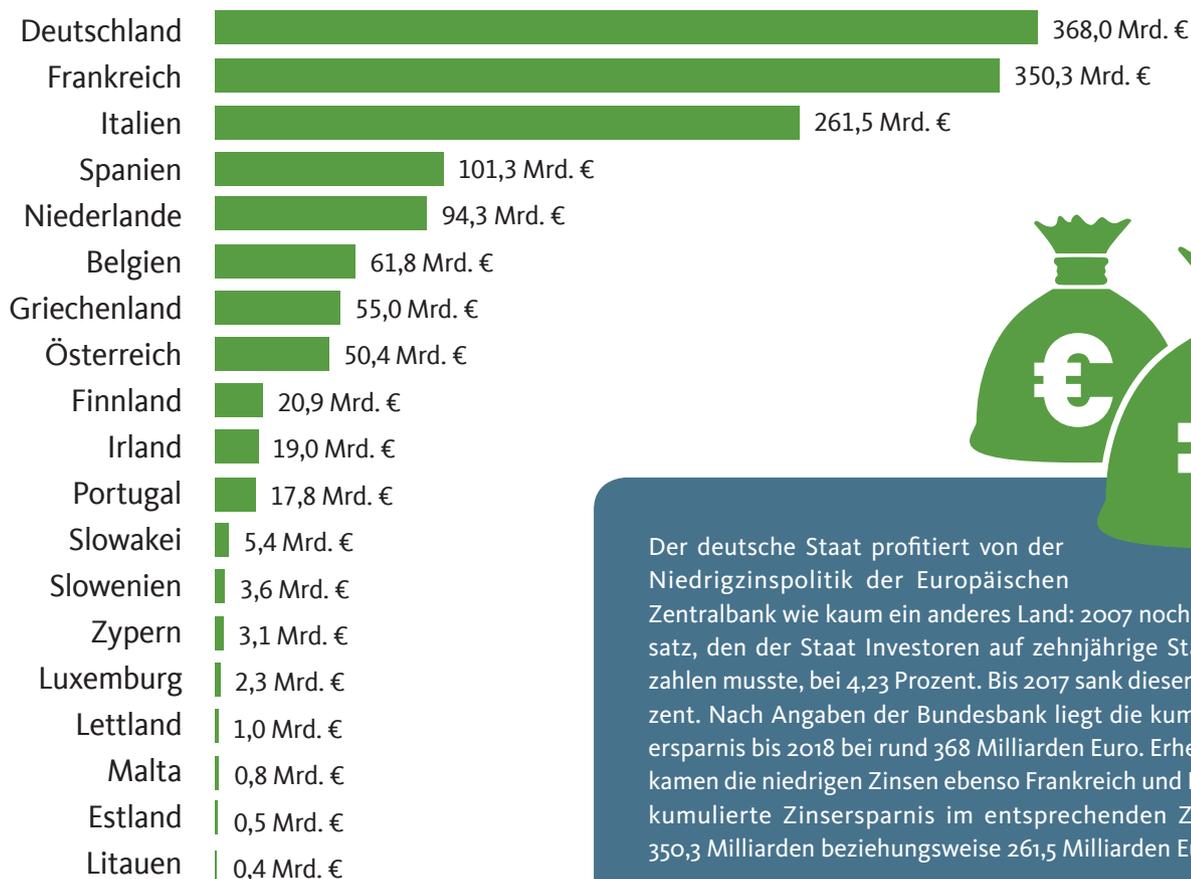
Alle diese Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sind in Schiefelage geraten: Nach 13 Jahren christdemo-

kratischer Regierungszeit ist Wettbewerb nur so lange gut, wie er nicht stört. Ausgerechnet Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) setzt sich an die Spitze einer mobilen Eingreiftruppe, die den Rechtsrahmen überall da behänd anpasst, wo er gerade stört: Wenn etwa Arbeitsplätze beim Autohersteller Ford in Saarlouis in Gefahr sind, will der Saarländer persönlich um „jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen“. Wenn politisch gewünscht ist, dass deutsche Hersteller die Batterien für die künftige E-Auto-Welle bauen, bastelt er das Förderprogramm dazu. Und wenn er sich Sorgen macht, weil chinesische Staatsunternehmen zu viele deutsche Mittelständler kaufen, wird die Außenwirtschaftsverordnung so geändert, dass künftig der Staat entscheiden kann, wer kaufen darf.

Am gefährlichsten aber ist das gebrochene Wohlstandsversprechen an die Arbeitnehmer: Nur eine kleine Gruppe der Beschäftigten verdient heute so viel, dass sie regelmäßig etwas zurücklegen und davon Eigentum bilden kann. Mehr als ein Viertel der Deutschen haben dagegen keinerlei Ersparnisse. Nicht einmal die Hälfte der Berechtigten nimmt die Förderung zur Vermögensbildung in Anspruch.

Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Raketenwissenschaft. Sie beruht auf einfachen Prinzipien: Im Grundsatz für die Freiheit. Im Zweifel für die Ordnung. Im Notfall für die Bedürftigen. Mutig wäre, sich daran zu erinnern – und wirtschaftspolitisch entsprechend zu handeln. ●

Deutschland spart dank Niedrigzins 368 Mrd. Euro



Der deutsche Staat profitiert von der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank wie kaum ein anderes Land: 2007 noch lag der Zinssatz, den der Staat Investoren auf zehnjährige Staatsanleihen zahlen musste, bei 4,23 Prozent. Bis 2017 sank dieser auf 0,37 Prozent. Nach Angaben der Bundesbank liegt die kumulierte Zinersparnis bis 2018 bei rund 368 Milliarden Euro. Erheblich zugute kamen die niedrigen Zinsen ebenso Frankreich und Italien, deren kumulierte Zinersparnis im entsprechenden Zeitraum bei 350,3 Milliarden beziehungsweise 261,5 Milliarden Euro lag.



Reptilienfonds

Der Begriff entstand vor 150 Jahren, als Otto von Bismarck am 30. Januar 1869 anlässlich der Einziehung der privaten Vermögen der beiden im „Deutschen Bruderkrieg“ 1866 besiegten Herrscher von Hannover und Kurhessen vor dem preußischen Abgeordnetenhaus sprach. Darin bezeichnete er die besiegten Fürsten als „böartige Reptilien“. Die Abgeordneten genehmigten die Enteignung der Fürsten und die Einrichtung eines „Reptilienfonds“. Aus dessen Geldern finanzierte Bismarck unter anderem regierungsfreundliche Zeitungen.

Im allgemeinen Sprachgebrauch sind Reptilienfonds heute Finanzmittel, über die keine Rechenschaft abgelegt werden muss. Der Begriff wird deshalb auch mit dem Haushaltstitel 529 04-011 in Verbindung gebracht, der der Bundeskanzlerin zu „allgemeinen Zwecken“ zur Verfügung steht. Dieser Titel umfasst aktuell 102.000 Euro. Die Mittelverwendung überprüft der Bundesrechnungshof. Insofern ist die „Reptilienfonds“ für diesen Titel unpassend.

Europa-App soll für EU begeistern

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat eine „Europa-App“ für Smartphones gestartet. Die Unions-Abgeordneten wollen damit mehr Menschen für den europäischen Gemeinschaftsgedanken begeistern. Nutzer sollen mit der App einen schnellen Zugang zu den Abgeordneten und ihrer Arbeit im Parlament erhalten. Über einen spielerischen Ansatz sollen die App-Anwender motiviert werden, sich aktiv mit Europa zu beschäftigen, so Markus Pieper, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Gruppe und MIT-Vorstandsmitglied. Die Europa-App ist im App-Store, im Play-Store sowie über www.cdusu.eu/app erhältlich.



STAATLICHE FÖRDERUNG

Steuermilliarde für Batteriefabriken?

Die deutsche Elektroauto-Industrie wächst langsam, aber stetig. Ein Bremsklotz dabei: die Abhängigkeit von internationalen Batteriezell-Lieferanten. Bis 2021 will die Bundesregierung deshalb rund eine Milliarde Euro bereitstellen, um eine nationale Batteriezellherstellung auf den Weg zu bringen. Die Pläne sind ambitioniert – und nicht ohne Risiko.

Mit dem Umstieg auf Elektroautos steht die deutsche Autoindustrie vor einem gewaltigen Umbruch. Zwar machen Diesel und Benziner noch immer den Großteil der Pkw-Neuzulassungen aus. Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes legen jedoch offen, dass bis November vergangenen Jahres fast 100 000 Elektroautos in Deutschland zugelassen wurden. Zum Vergleich: Anfang 2012 lag die Anzahl der Zulassungen noch bei insgesamt 4 750 Fahrzeugen.

Asiatische Batterieriesen

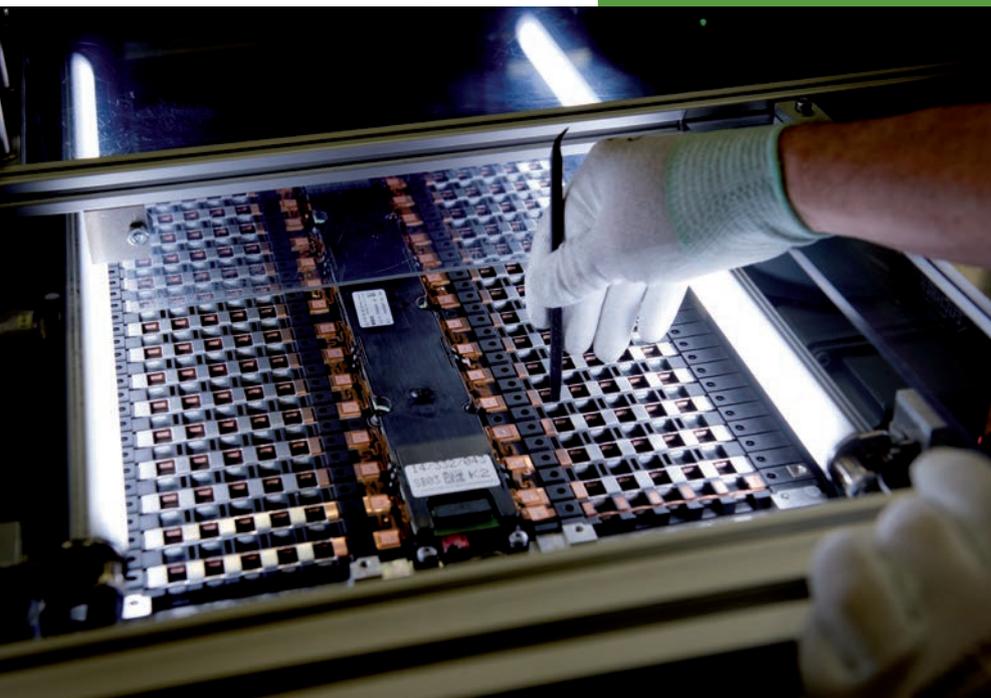
Mit der Nachfrage nach Elektroautos wächst auch die nach Lithium-Ionen-Zellen. Diese sind für die Produktion der in E-Fahrzeugen verbauten Akkus unerlässlich. Bislang gilt Asien als Hauptproduzent der Batteriezellen. LG Chem, Samsung und SK Innovation: Diesem Trio südkoreanischer Konzerne obliegt derzeit ein wesentli-

Batterien für Elektroautos sind ein wachsender Markt.

cher Status innerhalb der Batteriezellenproduktion. Die 1947 gegründete Aktiengesellschaft LG Chem gehört zu den globalen Anführern unter den Elektronikkonzernen. Das Unternehmen beschäftigt rund 30 000 Mitarbeiter weltweit. Unter den Kunden finden sich unter anderem Audi und Renault. Samsung SDI, ein Tochterunternehmen der Samsung Group, ist Marktführer bei Lithium-Ionen-Batterien. Auch Autobauer wie BMW und Fiat greifen auf den südkoreanischen Hersteller zurück. Die koreanische Aktiengesellschaft SK Innovation beliefert hierzulande unter anderem Volkswagen und beschäftigt derzeit etwa 6 500 Mitarbeiter. Eine konkurrenzfähige Batteriezellfabrik in Europa? Fehlanzeige.

Eine Milliarde Euro vom Bund

Die Bundesregierung will daher den Aufbau einer deutschen Batteriezellfertigung fördern. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte im November an, bis 2021 rund eine Milliarde Euro aus dem Etat seines Ministeriums zur Verfügung stellen. Eine konkrete Investitionssumme soll bis März veranschlagt werden. Der



Altmaier will mehr staatliche Lenkung

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat Anfang Februar seine „Nationale Industriestrategie 2030“ vorgestellt. Diese sieht im Kern mehr staatliche Eingriffe vor, um Übernahmen etwa aus China zu verhindern. Der Minister will notfalls mit staatlicher Unterstützung Arbeitsplätze in Deutschland sichern und Weltkonzerne „Made in Germany“ fördern.



Ziel der vorgelegten Strategie ist es, die „Industrieführerschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene“ wiederzuerlangen. Das Papier definiert, in welchen Fällen ein Eingreifen des Staates „ausnahmsweise gerechtfertigt oder gar notwendig sein kann, um schwere Nachteile für die eigene Volkswirtschaft und das gesamtstaatliche Wohl zu vermeiden“.

Fonds gegen Übernahmen

So sollen feindliche Übernahmen deutscher Unternehmen über staatliche Beteiligungen verhindert werden können. In sehr wichtigen Fällen könne der Staat „für einen befristeten Zeitraum selbst als Erwerber von Unternehmensanteilen auftreten.“ Dafür zieht das Wirtschaftsministerium die Einrichtung eines Fonds („Beteiligungsfazilität“) in Erwägung.

Altmaier sagte bei der Vorstellung des Strategiepapiers, er sei bei den Überlegungen für einen solchen Fonds geprägt worden von der feindlichen Übernahme des bayerischen Robotikherstellers Kuka. Dieser wurde 2016 mehrheitlich vom chinesischen Midea-Konzern übernommen. Altmaier forciert deshalb, dass neue „nationale und europäische Champions“

geschaffen werden sollen. Dies begründet er damit, dass manchmal „die Summe der betriebswirtschaftlichen Einzelentscheidungen der Unternehmen eines Landes nicht ausreicht, um globale Kräfte- und Wohlstandsverschiebungen auszugleichen oder zu verhindern.“ Denn ein Unternehmen habe „sein Fortkommen im Blick, nicht das des gesamten Landes“. In diesen Fällen will Altmaier eine „aktivierende, fördernde und schützende Industriepolitik“.

Der Minister will zudem bezahlbare Energiepreise, niedrige Steuern und eine Abgabenlast für Unternehmen unter 40 Prozent. Der Nachfolger im Amte Ludwig Erhards gab weiterhin als Ziel aus, den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung bis 2030 auf 25 Prozent und in der EU auf 20 Prozent zu steigern.

„Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer“

Die Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kritisierte einen „Strategiewechsel in die falsche Richtung“. Der Ansatz zeuge von „Machbarkeitsillusion“ und sei „Anlass zu großer Sorge“, schrieben vier der fünf Wirtschaftsweisen in einem Gastbeitrag für die „Welt“. „Mit China in einen Wettlauf um Subventionierung, Regulierung, Protektionismus und Markteingriffe einzusteigen und ‚deutsche‘ Champions zu päppeln, erscheint wenig erfolgversprechend“, kommentieren die Professoren Lars Feld, Isa-

bel Schnabel, Christoph Schmidt und Volker Wieland. Die Ökonomen setzen stattdessen auf eine Wirtschaftspolitik, „die Wettbewerb und unternehmerische Freiheit sichert und regulatorische Eingriffe auf das notwendige Maß beschränkt“.

Bernhard Mattes, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), lobte die Steuerpläne, warnte aber vor zu viel Lenkung: „Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer“. Der mittelständisch geprägte Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau kritisierte einen zu starken Fokus auf Konzerne, statt gezielt die Innovationstreiber im Mittelstand zu unterstützen. Der Verband Die Familienunternehmer kritisierte Altmaiers „industriepolitische Hybris“. Präsident Reinhold von Eben-Worlée: „Volkswirtschaft ist kein Planfeststellungsverfahren.“ Die Subventionspolitik zerdrücke die Innovationskraft mittelständischer Familienunternehmer. Zustimmung kam von den Gewerkschaften.

Altmaier widersprach der Kritik an zu viel staatlicher Lenkung: „Wir haben in letzter Zeit zu viel über die kleinen Fragen dieses Landes diskutiert und zu wenig über die großen Fragen.“ Es gehe darum, Wertschöpfung im Land zu stärken, etwa bei der Batteriezellproduktion. Dort erscheine ihm „eine staatliche Förderung bis hin zur Unterstützung der Bildung von Konsortien sinnvoll und ausreichend“ (siehe Beitrag ab S. 10). ●



Produktionsbeginn in Deutschland sei dann ab 2021 geplant.

„Batteriezellfertigung ist eine Basisinnovation, die über die Wertschöpfungsketten der Zukunft entscheiden wird“, begründet Altmaier seine Pläne gegenüber dem Mittelstandsmagazin. „Wenn in Zukunft die digitalen Plattformen für die Mobilität aus den USA und die Batterien aus Asien kämen, hätten wir rund 55 Prozent dieser Wertschöpfung nicht mehr in Deutschland und Europa.“ Deshalb wolle er einen „industriepolitischen Akzent“ setzen, auch um Arbeitsplätze neu zu schaffen. Altmaier betont jedoch: „Die Investitionen müssen aber selbstverständlich von privatwirtschaftlichen Unternehmen kommen.“ Eine staatliche Beteiligung an einem Batterie-Konsortium ist demnach nicht geplant. Langfristiges Ziel sei es, die Batteriezellenproduktion auf mehrere Standorte zu verteilen. Viele Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, hätten bereits Interesse signalisiert. Daneben seien jedoch ebenso grenzüberschreitende Kooperationen mit Deutschlands direkten Nachbarländern Frankreich, Polen und Österreich denkbar. Die Ziele des Ministeriums sind ambitioniert: Bis 2030 sollen rund 30 Prozent der weltweiten Nachfrage nach Batteriezellen

Technologiezentrum für Batteriezellen bei Bosch. Der Automobilzulieferer erforscht Zelltechnologien, setzt jedoch auf Zulieferung statt auf Eigenfertigung.

aus deutscher und europäischer Produktion bedient werden.

Ist der Rückstand zu groß?

Kritik an den Plänen kommt unter anderem vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Ökonom Thomas Puls: „Der Aufbau einer eigenen Zellfertigung wird erst bei dem erwarteten Technologiewechsel wirtschaftlich interessant.“ Bei der heutigen Zellchemie sei der Vorsprung der asiatischen Hersteller zu groß. Das betreffe sowohl die etablierte Massenfertigung als auch – im Falle Chinas – den Zugriff auf die notwendigen Rohstoffe. „Wenn sich eine neue Zellchemie durchsetzt, werden die Karten neu gemischt und dann sollte Deutschland bereit sein, was insbesondere zusätzliche Forschungsaktivitäten im Bereich der Elektrochemie erfordert.“ Fraglich dürfte auch sein, ob Deutschland aufgrund seiner hohen Energiekosten überhaupt ein eigenes Werk gewinnbringend betreiben könnte.

Einen weiteren Punkt wirft das Center Automotive Research (CAR)

der Universität Duisburg-Essen auf: den relativ geringen Anteil der Wertschöpfung an der Produktion. Die reine Zellproduktion macht dem Institut zufolge lediglich fünf bis zehn Prozent der Wertschöpfung bei der Batterie aus. Der weitaus größere Teil würde auf die Herstellung der Grundkomponenten der Zelle, etwa Anode, Kathode und Elektrolyt, fallen. Aus Sicht von CAR-Direktor Ferdinand Dudenhöffer ist deshalb das Risiko zu groß, gegen die asiatischen Batterieriesen anzutreten: „Es ist sinnvoll, seine Kompetenzen dort zu stärken, wo man in eine Spitzenstellung laufen kann. Die Chance liegt in der Materialforschung und nicht in der Zellproduktion“, so der Autoexperte. „Berlin und Brüssel sollten aufhören, eine volkseigene Batteriezellproduktion aufzubauen. Das Risiko, Steuermilliarden in den Sand zu setzen, ist zu groß.“

Das sieht auch der Stuttgarter Automobilzulieferer Bosch so. Nach anfänglichen Überlegungen hat der Weltkonzern dem Aufbau einer eigenen Batteriezellproduktion eine Absage erteilt. Das Unternehmen will stattdessen auf die Zulieferung der Zellen setzen: „Wir sind zur Überzeugung gelangt, dass Batteriezellen langfristig ein standardisiertes Massenprodukt sein werden. Wir müssen die Zelle technisch verstehen, wir müssen sie nicht fertigen“, teilte das Unternehmen mit. Die Zellfertigung sei für den Erfolg nicht ausschlaggebend. „Denn auch für die Zelle gilt: Sie ist nur eine Komponente eines Gesamtsystems, entscheidend wird die Systemkompetenz sein.“ ●



Isabella Maria Wünnkerke
Autorin
redaktion@mit-bund.de



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

ARBEITSWELTEN IM UMBRUCH

Das Ziel ist noch nicht in Sicht

Die Digitalisierung, der demografische Wandel und ein wachsender globaler Austausch verändern die Art und Weise, wie Menschen in Unternehmen arbeiten. Welche Talente werden künftig gefragt sein, wie kann man sie als Mitarbeiter gewinnen? Für den Mittelstand kündigen sich enorme Veränderungen an.

Die großen Trends für die Arbeitswelt der Zukunft werden von Trendforschern und Arbeitsmarktexperten einhellig prognostiziert: Wir werden mobiler und flexibler arbeiten, Kollegen werden die unterschiedlichsten Hintergründe haben. Angesichts der großen Veränderungen, die Demografie und Digitalisierung vorgeben, stehen auch mittelständische Unternehmen unter Druck. Gelingt es ihnen, neue Arbeitsformen mit den traditionellen Stärken des Mittelstands zu verbinden, können sie aber zu den Gewinnern dieser Entwicklung gehören.

Wandel zur Wissensgesellschaft

Die Arbeitsmarktforscherin Jutta Rump sieht große Veränderungen auf kleine und mittlere Unternehmen zukommen: „Wir werden mehr Diversität in den Belegschaften erleben – und eine zunehmende Feminisierung der Arbeitswelt.“ Der Wertewandel werde weiter fortschreiten, Zeit werde wichtiger als bezahlte Überstunden, so die Professorin für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Ludwigshafen und Direktorin des Instituts für Beschäftigung und Employability. „Die Veränderungen durch die Digitalisierung werden gewaltig sein: Angesichts

„Der Wertewandel
wird weiter
fortschreiten, Zeit
wird wichtiger
als bezahlte
Überstunden.“

Prof. Jutta Rump

von miteinander kommunizierenden Maschinen erleben wir eine Beschleunigung bei gleichzeitiger Komplexität. Wir wandeln uns immer weiter zur Wissens- und Innovationsgesellschaft“, prognostiziert Rump. Sie befürchtet, dass viele Belegschaften noch nicht ausreichend darauf vorbereitet sind: „Das Problem ist, dass wir noch gar nicht wissen, wo uns die Digitalisierung letztlich hinführen wird.“ Es sei schwierig, ein Ziel zu nennen. Rump: „Insofern kann man Mitarbeiter gar nicht wirklich auf ein Szenario vorbereiten.“

Personaldienstleister: Lösungen für mehr Flexibilität

In dieser Zeit des Übergangs könnte der Einsatz von Personaldienstleistern an Bedeutung gewinnen: „Da es immer schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden, wird passgenaue, professionelle Rekrutierung zu einer gefragten Schlüsselkompetenz. Darin sind wir stark“, sagt Sebastian Lazay, Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister (BAP). „Personelle Engpässe, Digitalisierung und Automatisierung verändern Arbeitsabläufe, Berufsbilder und Produktionsprozesse. Nicht zu unterschätzen sind zudem die auf den Arbeitsmarkt strömenden Generationen Y und Z, welche wählerischer geworden sind und flexible Arbeitszeitmodelle für eine ausgeglichene Work-Life-Balance einer dauerhaften Festanstellung vorziehen. Nicht zu vergessen: die kulturellen Unterschiede von Arbeitskräften. Diese müssen für die bestmögliche Integration in den Betrieb beachtet werden“, so Lazay. Insgesamt komme es künftig vor allem darauf an, den Prozess der Mitarbeitergewinnung kontinuierlich zu optimieren. Genau darin liege die Stärke der Zeitarbeit: Sie stehe für Flexibilität und Expertise bei der Personalbeschaffung.

Wenn Fachkräftemangel und Digitalisierung solche enormen Auswirkungen auf Talentsuche und -Förderung haben, kommt die Frage auf, ob traditionelle Vorstellungsgespräche und Assessmentcenter womöglich ebenfalls bald ausgedient haben. Viele Unternehmen machen sich bei der Personalauswahl schon heute die Potenziale der digitalisierten Welt zunutze. So werden Daten aus verschiedenen Netzwerken oder Portalen gesammelt, ausgewertet und analysiert. Vermehrt kommt People-Analytics-Software zum Einsatz, die unter Verwendung von Big Data die Bewerberauswahl unterstützt. Damit sollen die Potenziale von Kandidaten noch besser eingeschätzt werden können als bisher. Kritiker sehen den Prozess im Recruiting als zu komplex an, als dass er mithilfe einer Software vollständig digitalisiert werden könne, denn „weiche“ Faktoren wie Teamfähigkeit, Selbstmanagement, Kommunikationsfähigkeit, Kritikfähigkeit und vor allem Veränderungsfähigkeit seien künftig gefragter denn je.

Eigene Mannschaft umbauen und fortbilden

Wenn es schwieriger wird, passende neue Mitarbeiter zu gewinnen, dann kann ein Weg darin bestehen, auf diejenigen zu setzen, die man schon hat. An Bedeutung wird deshalb die Frage gewinnen, wie man Talente in den eigenen Reihen noch gezielter fördern kann: „Unternehmen müssen genau hinschauen: Was gibt es für Fähigkeiten und Profile in den eigenen Reihen? Was brauchen wir in Zukunft?“, so der Innovationsberater Max Hergt von „MK 7 Innovate“. „Dann muss man überlegen: Wie qualifizieren und befähigen wir eigene Mitarbeiter? Wen können wir wie fortbilden? Welche Digitalkompetenzen bilden wir bereits ab und wo haben wir Bedarf?“ Dies sei eine große Herausforderung, aber auch eine Chance. „Viele ungeliebte und langweilige Tätigkeiten fallen weg, die Arbeit wird interessanter, motivierender, sinnhaft aber eben auch herausfordernder“, sagt Hergt. ●



Sabine Hense-Ferch
Autorin
redaktion@mit-bund.de

Streit um Befristung

3 Fragen an ... Oliver Zander

MIT-Mitglied und Hauptgeschäftsführer
des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall



Die Einschränkung der sachgrundlosen Befristung war ein wichtiges Anliegen der SPD für die Große Koalition. Arbeitsminister Hubertus Heil will einen Gesetzentwurf vorlegen. Doch die Wirtschaft warnt.

Befristungen bergen gerade für junge Leute viel Unsicherheit. Warum sollte die Politik das nicht einschränken?

Wenn überhaupt liegt das eigentliche Befristungsproblem im öffentlichen Dienst mit seinen wissenschaftlichen Einrichtungen. In der öffentlichen Wissenschaft ist mit 43,6 Prozent fast jeder zweite Mitarbeiter befristet, im gesamten öffentlichen Dienst mit 9,5 Prozent fast jeder zehnte. Dagegen liegt der Anteil der befristeten Beschäftigten bei uns in der Metall- und Elektro-Industrie (M+E) bei gerade mal vier Prozent. Da frage ich mich, warum in der Privatwirtschaft eine Quote von 2,5 Prozent eingeführt werden soll, während der öffentliche Dienst nach Belieben weiter befristet darf? Wir fordern gleiche Regeln für alle.

Die sachgrundlose Befristung bietet Arbeitssuchenden einen erfolgreichen Weg für den Einstieg in den Arbeitsmarkt – gerade auch nach längerer Arbeitslosigkeit. Und die Chance, aus einem befristeten Arbeitsvertrag in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden, ist in den vergangenen Jahren nachweisbar größer geworden.

Aber es gibt doch einige Befristungsgründe, die das Gesetz zulässt. Wozu die sachgrundlose Befristung?

Das Problem ist, dass die bestehenden Sachgründe für Befristungen aufgrund der Rechtsprechung für die Unternehmen nicht mehr rechtssicher handhabbar sind. Deshalb fordern wir, die Sachgrundbefristung durch weitere und konkretisierte Sachgründe wieder rechtssicher zu machen.

Die M+E-Unternehmen brauchen diesen Spielraum. Dazu gehört eine Quote von zehn bis 15 Prozent Befristungen. Gerade in den jetzigen Zeiten eines sich verschlechternden wirtschaftlichen Klimas brauchen die Unternehmen mehr Flexibilität und nicht weniger.

Nun steht das Thema im Koalitionsvertrag. Wie könnte es umgesetzt werden, ohne die Wirtschaft zu sehr zu beeinträchtigen?

Wir halten das Gesetzesvorhaben für falsch und fehlerhaft, darum sollte es auch unterlassen werden. Das zeigen im Übrigen mehrere Gutachten, die wir kürzlich vorgelegt haben. Demnach sind die vorgesehenen Schwellenwerte nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, und das Gesetz würde sowieso vor dem Bundesverfassungsgericht landen.

Darüber hinaus wird die Wirtschaft durch die Große Koalition bereits seit Jahren beeinträchtigt, indem den Unternehmen unverantwortlich viel Flexibilität beim Personaleinsatz genommen wurde. Hier muss dringend gegengesteuert werden. Die Betriebe müssen wettbewerbsfähig bleiben und brauchen dafür flexible Kapazitätsreserven, um Personal auf- und auch mal abbauen zu können. Die richtige Politik wäre es, Betreuungsmöglichkeiten aufzubauen. Und Sonderregelungen der öffentlichen Hand wie die Haushaltsbefristung müssen endlich abgeschafft werden.



„Unsere Erfahrung
für die Arbeitswelt
von morgen.“

Sebastian Lazay
BAP-Präsident

www.personaldienstleister.de

DIEZEITARBEIT

Einstieg. Aufstieg. Wachstum.



Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister

MIT ZIEHT BILANZ

Der Einsatz lohnt sich

Die MIT tritt seit jeher für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, für mehr Freiheit und Eigenverantwortung ein. In der laufenden Legislaturperiode konnten wir bereits eine Reihe wichtiger Erfolge durchsetzen, die unser Land verbessern werden. Klar ist aber auch: Es gibt noch viel zu tun. Packen wir es an!

Das haben wir erreicht:



Soli wird abgebaut

Auf Druck der MIT wird der Solidaritätszuschlag für die meisten Einkommensteuerzahler ab 2021 abgeschafft. Auf dem CDU-Parteitag 2018 setzte die MIT durch, dass die CDU sich für den vollständigen Abbau bis 2021 einsetzen wird.



Arbeitslosenbeitrag sinkt

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken ab 2019 von 3,0 auf 2,5 Prozent. Wir haben immer wieder auf die hohen Rücklagen aufmerksam gemacht und uns mit der Forderung nach stärkeren Entlastungen durchgesetzt.



Ausgleich der kalten Progression

Die Mehrbelastungen durch die kalte Progression werden weiterhin in Höhe der geschätzten Inflationsrate ausgeglichen. Diesen Mechanismus setzte die MIT bereits 2014 durch.



Familien werden entlastet

Das Kindergeld erhöht sich ab Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat. Ebenso erhöht sich der Kinderfreibetrag. Das waren zwei zentrale Forderungen der MIT in den Koalitionsverhandlungen.



Weitere Entlastungen

Der Grundfreibetrag wird ab 2019 von 9.000 Euro auf 9.168 Euro pro Jahr steigen. Gesetzlich krankenversicherte Selbstständige werden über einen niedrigeren Mindestbeitrag entlastet. Die Sozialbeiträge werden unter 40 Prozent stabilisiert.



Zur ausführlichen Bilanz gelangen Sie auf www.mit-bund.de/bilanz

Dafür machen wir uns stark:



Vollständige Soli-Abschaffung

Wir setzen uns weiterhin mit Nachdruck für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle ein: Dies ist in erster Linie eine Frage der Glaubwürdigkeit!



Stärkung des Meisterbriefs

Seit der Abschaffung der Meisterpflicht in 53 Berufen ist die Ausbildung dort regelrecht eingebrochen. Auf unseren Druck wird derzeit geprüft, wo eine Wiedereinführung möglich ist.



Reform der DSGVO

Die Datenschutzgrundverordnung belastet vor allem Mittelständler und Ehrenamtliche. Auf dem CDU-Parteitag haben wir einen Beschluss für Verbesserungen durchgesetzt.



Förderstopp der DUH

Wir setzen uns dafür ein, dass die umstrittene Deutsche Umwelthilfe keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt bekommt. Stattdessen sollen echte Umwelt-Initiativen gefördert werden.



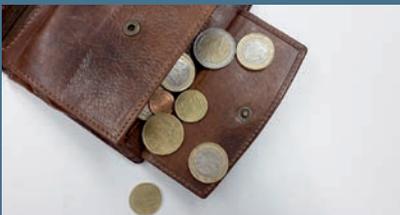
Absage an Diesel-Fahrverbote

Die MIT spricht sich klar gegen jede Form von Fahrverboten aus. Die Messverfahren müssen überprüft und die Grenzwerte vorerst ausgesetzt werden.



Stärkung der Betriebsrenten

Wir machen uns für ein Ende der Doppelverbeitragung bei der betrieblichen Altersvorsorge stark. Nach dem Parteitagbeschluss treiben wir das Thema nun im Bundestag voran.



Zulagenrente verbessern

Wir fordern eine umfassende Reform der privaten Zulagenrente („Riester“). Die komplizierten und fehleranfälligen Zulagenanträge sollen wegfallen.



Unternehmenssteuerreform

In einem Zehn-Punkte-Plan fordern wir, noch in der laufenden Legislaturperiode das Unternehmenssteuerrecht strukturell zu vereinfachen und Steuersätze zu senken.



Fachkräftezuwanderungsgesetz

Wir müssen die Migration in Deutschland besser steuern und die Gesellschaft dabei mitnehmen. Deutschland braucht gut qualifizierte Fachkräfte, auch aus dem Ausland.



Bürokratieabbau

Wir setzen uns für einen konsequenten Abbau bürokratischer Vorgaben ein, etwa beim Mindestlohn, bei Aufzeichnungs- und Statistikpflichten und in der Gründungsphase.



Digitale Agenda

Wir brauchen dringend eine Digital-Agenda, die 5G zum Laufen bringt, neue Geschäftsmodelle ermöglicht und veraltete Gesetze auf den Prüfstand stellt.



Energie und Marktwirtschaft

Wir müssen den europäischen CO₂-Handel stärken und die Energiewende marktwirtschaftlicher gestalten. Den Ausbau der Erneuerbaren gilt es mit dem Netzausbau zu synchronisieren.

ÄRGER UM DOPPELTE BEITRÄGE

Wie sich die betriebliche Altersvorsorge wieder lohnen kann

Der Streit um die Doppelverbeitragung läuft seit ihrer Einführung im Jahr 2004. Sie wurde damals eingeführt, um den klammen Sozialversicherungen Geld in die Kassen zu spülen. Für die Betroffenen bedeutet sie aber, dass sie bis zu 20 Prozent aus ihren Betriebsrenten und Direktversicherungen verlieren. Die MIT drängt auf eine Reform – auch gegen den Willen der Kanzlerin.

Es klang einfach zu gut. Der Rostocker Mittelständler, für den Franz Häntze die Geschäfte in Asien und Nordwesteuropa betreute, bot ihm 1995 eine betriebliche Altersvorsorge an. „Meine Hauptmotivation war damals die Pauschalversteuerung der Beiträge, zumal ich ohnehin eine Lebensversicherung oder einen Sparvertrag abschließen wollte“, sagt Häntze. Pro Jahr zahlte er rund 1.750 Euro ein. Davon wurden 20 Prozent pauschal versteuert. Die Auszahlung sei abgabenfrei, wurde ihm mitgeteilt, da Einkommensteuer und Sozialbeiträge bereits in der Einzahlphase bezahlt würden. „Die Einzahlung in die Direktversicherung hatte in meinem Fall zudem keinen Einfluss auf die Höhe der gezahlten Beiträge in die So-

zialversicherungen, da mein Einkommen über der Bemessungsgrenze lag“, so Häntze. Er unterschrieb. 2003 schloss er zusätzlich eine weitere Direktversicherung ab. Für diese galt die nachgelagerte Besteuerung. Die Einkommensteuer für die Beiträge und Erlöse fiel also erst im Rentenalter an. Es sei die „beste Möglichkeit, um fürs Alter vorzusorgen“, sei ihm damals erklärt worden.

Böse Überraschung zum Renteneintritt

Doch mit dem 2004 von Rot-Grün eingeführten Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz) änderten sich die Spielregeln. Deutschland war damals der kranke Mann Europas und die Kassen der Renten- und Pflegeversicherungen waren leer. Jahrzehntlang war den Bürgern erklärt worden, wie wichtig es sei, selbst für das Alter vorzusorgen. Gelockt wurden sie mit vielen Vergünstigungen bei der betrieblichen Altersvorsorge. Doch in Zeiten knapper Kassen können einmal gegebene Versprechen schnell vergessen sein. Die Vergünstigungen für Betriebsrenten und Direktversicherungen wurden weitgehend abgeschafft. Für Betriebsrenten, die über der Grenze von 152,50 Euro im Monat lagen, musste sowohl der Arbeitnehmer- als auch der Arbeitgeberbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung gezahlt werden. Auch die Direktversicherungen wurden rechtlich mit den Betriebsrenten gleichgesetzt. Bei ihrer Auszahlung mussten die vollen Beiträge also ebenfalls gezahlt werden.

Bei seinem Renteneintritt im September 2015 wollte sich Franz Häntze seine Direktversicherung auszahlen lassen. Rund 30.000 Euro hatte er eingezahlt, aufgrund der niedrigen Zinsen hätte er 31.500 Euro ausgezahlt bekommen. Allerdings erhielt er auch ein Schreiben, in dem die Krankenkasse Geld von ihm forderte: 6.000 Euro als Beitrag zu Kranken- und Pflegeversicherung. „Ich dachte, die haben einen Fehler gemacht. Schließlich habe ich all die Jahre den Höchstbeitrag zur Versicherung gezahlt“, sagt Häntze heute. „Hätte ich das im Vorfeld gewusst, hätte



Franz Häntze aus Rostock zahlt doppelte Beiträge auf seine betriebliche Altersvorsorge. Er fühlt sich betrogen.

ich etwas anderes abgeschlossen, eine kapitalbildende Lebensversicherung beispielsweise, oder ich hätte auf andere Art für das Alter vorgesorgt. Mein Vertrauen in die Politik ist dadurch komplett verloren gegangen.“ Letztendlich bekam er aus seiner zweiten Direktversicherung nun 4.500 Euro weniger ausgezahlt, als er selbst eingezahlt hat. Er nennt es einen Raub.

Widerstand gegen die Doppelverbeitragung

So wie Franz Häntze sehen das viele der knapp sechs Millionen Betroffenen in Deutschland. Sie organisierten sich und gründeten 2015 den Verein der Direktversicherungsgeschädigten DVG. Dietmar Hruschka ist der stellvertretende Bundesvorsitzende des Vereins: „Wir kamen zu der Erkenntnis, dass wir nur als schlagkräftiger Verein mit möglichst vielen Mitgliedern und einer klaren Strategie zum Erfolg kommen können.“ Zu Beginn hatte der Verein 40 Mitglieder, heute sind es über 2 000. Sie treffen sich bei Stammtischen und sprechen bei ihren Abgeordneten vor. Gegen die Doppelverbeitragung wurden auch Klagen eingereicht, bisher allerdings weitgehend erfolglos. Eine Verfassungsbeschwerde wurde vom Bundesverfassungsgericht am 16. Mai 2008 abgewiesen. „Ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz liegt nicht vor“, urteilten die Verfassungsrichter einstimmig. Dies gilt auch für Verträge, die vor dem GKV-Modernisierungsgesetz abgeschlossen wurden. „Die Neuregelung der Beitragspflicht auf einmalige Kapitalleistungen verstößt nicht gegen den rechtsstaatlichen Vertrauensschutz“, teilte das Bundesverfassungsgericht in einer Pressemitteilung mit. Und das Bundessozialgericht betonte in einem Urteil vom 25. April 2007 den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers. Verfassungsrechtlich sei es nicht zu beanstanden, wenn der Gesetzgeber einmalige Kapitalauszahlungen mit regelmäßigen Versorgungsbezügen gleichstelle, heißt es in der Urteilsbegründung. Auch wenn es aus Sicht der Betroffenen anders sein mag, betraubt wurden sie nicht.

Der Eindruck, dass es sich hier um eine Ungerechtigkeit handelt, blieb aber bestehen. Auch hat sich die Ausgangslage geändert. Waren die Krankenkassen Anfang der 2000er-Jahre klamm, stiegen ihre Überschüsse in den Jahren danach konstant an: auf derzeit etwa 20 Milliarden Euro. Der Druck auf die Politik stieg. Immer wieder gab es in den letzten Jahren Vorstöße, die betriebliche Altersvorsorge zu stärken. Zuletzt geschah dies im August 2017 durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz. Aber auch dadurch fiel die Doppelverbeitragung nur für Betriebs-Riesterverträge. Die Betriebsrenten und Direktversicherungen profitierten nicht davon. Das soll sich nun ändern. Ende Januar schlug Bundesgesundheitsminister und MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn drei mögliche Lösungen vor (siehe Kasten S. 20). Momentan deutet alles darauf hin, dass Variante drei umgesetzt wird, also eine Halbierung der Beiträge.

Doppelverbeitragung – ein Begriff, zwei Bedeutungen

Der Begriff Doppelverbeitragung wird nicht einheitlich verwendet. Er bezeichnet einmal die Tatsache, dass Betriebsrenten seit dem 1. Januar 2004 nicht mehr mit dem ermäßigten Beitragssatz zur Krankenversicherung der Rentner verbeitragt werden. Stattdessen muss der volle Satz gezahlt werden. Der ermäßigte, halbe Beitragssatz verdoppelt sich also. Korrekt wäre es in diesem Fall aber von einer Verbeitragung mit dem vollem Beitragssatz zu sprechen. Korrekt wird der Begriff Doppelverbeitragung verwendet, wenn sowohl auf die Finanzierung (Ansparphase) also auch auf die Auszahlung der Betriebsrente Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung gezahlt werden müssen. Betroffen hiervon sind vor allem Direktversicherungen, die vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen wurde. Es lässt sich aber in vielen Fällen nicht mehr feststellen, wer genau von dieser echten Doppelverbeitragung betroffen ist.

Union steht hinter der Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge

Variante drei entspricht weitgehend dem Antrag zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge auf dem CDU-Parteitag. Der Antrag wurde unter anderem von der MIT und der Jungen Union eingereicht. Er wurde von einer Mehrheit der Delegierten angenommen, obwohl die Antragskommission nur eine Prüfung empfohlen hatte. Der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann begründete die Wichtigkeit des Antrags auf dem Parteitag so: „Wir müssen die betriebliche Altersvorsorge insgesamt stärken und deshalb dafür sorgen, dass die Beitragslast auf Betriebsrenten halbiert wird. Irgendwann ist Schluss mit der Prüferei.“ Auch aus den Reihen der CSU kommt Unterstützung. Die Bundestagsabgeordnete und Gesundheitsexpertin Emmi Zeulner hat auf dem CSU-Parteitag ebenfalls einen Antrag gestellt. Für sie geht es bei der Abschaffung um Gerechtigkeit: „Die Menschen wurden jahrelang von der Politik aufgefordert, fürs Alter vorzusorgen und dann wurden im Nachhinein die Spielregeln geändert. Bei diesem Thema geht es darum, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Und es soll auch ein Signal an die junge Generation sein, dass sich zusätzliche Vorsorge weiterhin lohnt.“

Fraglich ist die Finanzierung: „Die sauberste Lösung wäre, die Beitragsausfälle mit Steuern auszugleichen, da es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die Betriebsrenten attraktiv zu machen. Am Ende wird wohl Olaf Scholz mit Jens Spahn eine Lösung finden müssen“, so Carsten Linnemann. Diese Lösung hat Jens Spahn Ende Januar präsentiert. Er schlägt vor, dass etwa 500 Millionen Euro der entstehenden Kosten aus den Rücklagen des Gesundheitsfonds genommen werden. Dieser verwaltet das Geld der Krankenkassen. Der Rest, also circa zwei Milliarden Euro, soll aus Steuergeldern finanziert werden. Hier liegt der Knackpunkt. Denn nachdem bereits Finanzminister Scholz die Pläne abgelehnt hatte, stellte Mitte Februar auch die Bundeskanzlerin die Reform aufs Abstellgleis. Die Entlastung sei „relativ kostspielig“ und nicht im Koalitionsvertrag vereinbart, ließ Merkel über eine Sprecherin verlauten.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner kämpft weiter gegen die Doppelverbeitragung.



Drei mögliche Reformen der betrieblichen Altersvorsorge:

Variante 1: Momentan gilt für Betriebsrenten eine Freigrenze von 152,50 Euro. Wer darüber liegt, muss sowohl den Arbeitnehmer- als auch den Arbeitgeberanteil der Kranken- und Pflegeversicherung bezahlen. Bei Variante eins würde diese Freigrenze in einen Freibetrag umgewandelt werden. Davon würden alle Betriebsrenten profitieren. Geschätzte Kosten: 1,1 Milliarden Euro.

Variante 2: Die Freigrenze wird mit einer „Gleitzone“ kombiniert. Außerdem könnte die Freigrenze auf 200 Euro steigen. Die überschreitenden Einnahmen werden zudem nicht voll verbeitragt. Stattdessen soll die Beitragsbelastung stetig ansteigen. Geschätzte zusätzliche Kosten: 600 Millionen Euro.

Variante 3: Damit würde die geltende Rechtslage von 2003, also vor dem GKV-Modernisierungsgesetz, wiederhergestellt. Der Beitragsatz würde halbiert werden, allerdings ohne Rückwirkung. Geschätzte Kosten: 2,6 Milliarden Euro.

Davon lässt sich der MIT-Chef und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Linnemann jedoch nicht entmutigen: „Wir geben jetzt nicht auf“, sagte Linnemann. „Es gibt klare Parteitagsbeschlüsse und eine Mehrheit in beiden Koalitionsfraktionen für eine Entlastung. Ich möchte deshalb, dass meine Fraktion darüber diskutiert und das Thema klärt.“

Sollte die Reform doch noch kommen, würden Franz Häntze und die anderen sechs Millionen Betroffenen in Zukunft mehr Geld aus ihrer Direktversicherung erhalten. Die Direktversicherten, die bereits ihre Vorsorge vollständig ausgezahlt bekommen haben, würden hingegen nicht profitieren. Das Gesetz soll nicht rückwirkend gelten. Erstattungen auf bereits bezahlte Beiträge in die Kranken- und Pflegeversicherungen aus Direktversicherungen sind nicht vorgesehen. Die Kosten einer derartigen Erstattung werden vom Bundesgesundheitsministerium auf rund 40 Milliarden Euro geschätzt. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel wäre diese Summe für die nachfolgenden Generationen tatsächlich eine schwere Hypothek. Der DVG hingegen kommt nach eigenen Schätzungen auf acht bis elf Milliarden Euro. Für Franz Häntze ist die angedachte Reform „ein Schritt in die richtige Richtung“. In Ordnung sei es deswegen aber noch lange nicht. ●



Micha Knodt
Autor
knodt@mit-bund.de

A portrait of Paul Ziemiak, a man with short dark hair and a light beard, wearing a dark blue suit jacket, a light blue striped shirt, and a red patterned tie. He is sitting on a green tufted sofa with white cushions, looking directly at the camera with a slight smile. The background is a blurred indoor setting with glass panels and lights.

Mit 33 Jahren ist Paul Ziemiak der jüngste Generalsekretär in der Geschichte der CDU. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht der Westfale über die Ausrichtung der CDU, die Kritik an seinem fehlenden Abschluss und er verrät, welchen Job außerhalb der Politik er gerne hätte.

INTERVIEW MIT PAUL ZIEMIAK

„Deutschland darf im Steuerwettbewerb nicht teilnahmslos zusehen“



Paul Ziemiak im Gespräch mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben im Konrad-Adenauer-Haus.

Herr Ziemiak, was war die größte Überraschung nach Dienstantritt als Generalsekretär?

Paul Ziemiak: Ich lerne jeden Tag viele neue Dinge. Das ist ein Amt, welches schon große Persönlichkeiten unserer Partei innehatten. Ich trete deshalb in große Fußstapfen und gehe diese Aufgabe mit viel Respekt an. Es war für mich keine Überraschung, aber ich bin jeden Tag beeindruckt, mit wie viel Sachverstand und Engagement alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag leidenschaftlich an die Arbeit gehen.

„Für gute Entscheidungen in der Politik sind nicht nur Zeugnisse, sondern auch Lebenserfahrung wichtig.“

Sie haben vor Ihrer Wahl bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gearbeitet. Trotzdem gab es nach der Wahl Kritik, auch aus MIT-Reihen, dass Sie Ihr Studium nicht abgeschlossen haben. Haben Sie Verständnis für diese Kritik?

Natürlich kann ich das nachvollziehen. Gleichwohl vertrete ich die Auffassung, dass für gute Entscheidungen in der Politik nicht nur Zeugnisse, sondern auch Le-

benserfahrung wichtig sind. Meine Lebenserfahrung außerhalb von Politik und als junger Familienvater wird mir helfen, gute Entscheidungen zu treffen. Und ich weiß vor allem, dass man am Ende dann erfolgreich ist, wenn man mit Leidenschaft an die Sache rangeht und hart arbeitet. Das habe ich in der Vergangenheit bewiesen und das werde ich auch jetzt wieder neu in diesem neuen Amt beweisen müssen. Ich möchte mich messen lassen an der Arbeit, die ich leiste, und dann am Ende am Erfolg unserer Partei.

Frau Kramp-Karrenbauer ist die erst Vollzeit-Vorsitzende der CDU. Wie haben Sie die Aufgaben verteilt?

Wir sind ein Team und wir entscheiden die Dinge gemeinsam. Natürlich diskutieren wir viel, aber am Ende des Tages

ist es wichtig, dass die Menschen wissen, wofür die CDU inhaltlich steht. Und glauben Sie mir: In diesem Wahlkampfjahr ist für das ganze Team hier viel zu tun. Darüber hinaus möchte ich mich besonders den Fragen widmen: Wie machen wir diese Partei attraktiver? Wie machen wir diese Partei moderner? Wie organisieren wir eigentlich

Debatten? Annegret Kramp-Karrenbauer hat es bei ihrer Wahl als Generalsekretärin auf den Punkt gebracht: Es sollte nicht um die Profilierung einzelner Personen gehen, sondern am Ende ist der Star die ganze Mannschaft.

Im Wirtschaftsflügel, aber auch in der JU wurde oft kritisiert, dass die CDU in der Großen Koalition zur Unkenntlichkeit entkernt war. An welchen Stellen wird das jetzt anders?

Jeder Stil hat seine Zeit und angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen muss die CDU für die Öffentlich-

Paul Ziemiak wurde 1985 in Stettin (Polen) geboren und kam 1988 mit seiner Familie nach Iserlohn. Nach dem Abitur studierte er zunächst Jura, wechselte dann zur Unternehmenskommunikation. Daneben arbeitete er bei einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Ziemiak wurde 2012 zum Landesvorsitzenden der Jungen Union NRW und 2014 zum JU-Bundesvorsitzenden gewählt. Bei der Bundestagswahl 2017 zog der verheiratete Familienvater über die NRW-Landesliste in den Deutschen Bundestag ein. Seit Dezember 2018 ist MIT-Mitglied Ziemiak Generalsekretär der CDU Deutschlands.

keit unmissverständlich klar machen, wofür die Partei steht und mit welchen Vorschlägen wir glauben, unser Land fit für die Zukunft zu machen. Ein gutes Beispiel ist hier die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Wir meinen zum Beispiel, fleißige selbstständige Handwerker müssen entlastet werden. Das hilft der gesamten Wirtschaft und ist eine Frage des politischen Anstands. Die SPD dagegen stellt jeden persönlich haftenden Unternehmer auf eine Stufe mit superreichen Internetmilliardären. Das geht so nicht – hier wird die CDU hart bleiben. Gleiches gilt für das Unternehmenssteuerrecht. Wenn konkurrierende Nationen ihre Steuersysteme auf Kosten unserer Wettbewerbsfähigkeit verändern, dürfen wir nicht teilnahmslos zuschauen und warten, bis Unternehmen abwandern, Arbeitsplätze verloren gehen und der Wohlstand hierzulande sinkt.

In welchen Bereichen gibt es jetzt konkrete neue Positionen der CDU?

Auf dem Parteitag im Dezember gab es ja nicht nur weitreichende Beschlüsse in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wir haben uns auch intensiv mit dem Thema Sicherheit auseinandergesetzt. Ich finde, dass beispielsweise der Beschluss zur Bundeswehr ein starkes Signal war. Das zeigt, dass wir als CDU an der Seite unserer Soldatinnen und Soldaten stehen. Das Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration hat gezeigt, dass wir auch bei diesem Fragenkomplex vorangehen und gewillt sind, bestehende Probleme offen anzusprechen und zu beseitigen.

Der Parteitag hat die vollständige Soli-Abschaffung bis 2021 beschlossen. Nun ist Wirtschaftsminister Altmaier davon wieder abgerückt: Er will bis 2021 nur die mit der SPD vereinbarten 90 Prozent abschaffen und dann ins Gesetz schreiben, wann der Rest abgeschafft werden soll – also nach 2021. Gilt für die CDU der Parteitagsbeschluss nicht mehr?

Ganz klar: Der Parteitagsbeschluss gilt! Sofern es der Bundeshaushalt hergibt, muss der Solidaritätszuschlag bis En-

de 2021 weg – und zwar für alle und ohne neue Schulden aufzunehmen. Klar ist aber auch, dass wir das ohne Zustimmung des Koalitionspartners nicht umsetzen können. Wir wollen daher die SPD davon überzeugen, unser Vorhaben gemeinsam umzusetzen.

Könnte es eine Situation geben, dass eine Unions-Forderung und eine SPD-Forderung so unvereinbar sind, dass die Koalition auseinanderfliegt?

Der Phantasie sind ja grundsätzlich keine Grenzen gesetzt, aber das ist mir persönlich zu viel Spekulation. Die Koalitionspartner sind angetreten, um gut zu regieren. Daran werde ich die SPD nötigenfalls erinnern, wenn sie den nächsten nicht abgestimmten und dem Koalitionsvertrag widersprechenden Vorschlag über die Presse lanciert. Aber klar ist auch, dass wir zur Mitte der Legislaturperiode die Revisionsklausel des Koalitionsvertrags nutzen werden, um nötigenfalls nachzusteuern.

Sollte es so kommen, wäre eine Minderheitsregierung möglich?

Angeichts der vielen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten in Europa und der Welt sollte es unser aller Ziel sein, in



Deutschland eine stabile Regierung bis zur nächsten regulären Bundestagswahl zu behalten.

Wer würde bei einer Neuwahl für die CDU fürs Kanzleramt kandidieren?

Wir haben eine starke und beliebte Parteivorsitzende, die hier das Vorschlagsrecht hat und das respektiere ich.

Und wenn es zu Neuwahlen käme, wären die Chancen für Jamaika größer als beim letzten Mal?

Wir sollten jetzt nicht darüber spekulieren, wer nach den Bundestagswahlen im Jahr 2021 mit wem eine Regierung bilden könnte. Deutschland steht vor großen Aufgaben. Die sollte die Regierung angehen. Wir als Partei werden sie dabei ermutigen.

„Fleißige selbstständige Handwerker müssen entlastet werden. Das hilft der gesamten Wirtschaft und ist eine Frage des politischen Anstands.“

Einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge steht die Parteibasis rechts von der Parteiführung, aber auch rechts von den CDU-Wählern. Manche in der Parteiführung schlussfolgern daraus, besser nicht auf die Basis zu hören, wenn man mehrheitsfähig bleiben will. Sehen Sie das auch so?

Erstens bin ich nicht wirklich einverstanden mit der Formulierung Ihrer Frage. Sie sollten schon Ross und Reiter benennen. Zweitens bin ich der Auffassung, dass jeder in der Parteiführung mit beiden Ohren hinhören und beiden Augen hinschauen sollte, was unsere Mitglieder umtreibt und bewegt. Politische Führung bedeutet aber auch, für seine Überzeugungen einzutreten und nötigenfalls gegen Widerstände zu kämpfen – auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen. So habe ich es als JU-Vorsitzender gehalten – so werde ich es auch als Generalsekretär tun.



Was halten Sie von dem Vorschlag, Wahlkreise zu vergrößern und dafür verpflichtend einen Mann und eine Frau für die CDU aufzustellen, um Parität hinzubekommen?

Trotz großer verfassungsrechtlicher Bedenken haben SPD und Linke in Brandenburg das so genannte Parité-Gesetz beschlossen, um verpflichtende Parität bei den Listenaufstellungen hinzubekommen. Ich habe bei solchen Maßnahmen größte Bauchschmerzen. Ich unterstütze aber das Ziel, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu bekommen.

Sind Sie für eine Frauenquote für die Listen? In Ihrem CDU-Heimatverband Nordrhein-Westfalen waren auf den ersten zehn Plätzen nur drei Frauen.

Ziel bleibt, dass Frauen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in den Parlamenten vertreten sind. Sachsen zeigt uns, dass ein Reißverschlussverfahren ein mögliches Mittel wäre, um dieses Ziel zu erreichen.

Wo wird die CDU als Organisation moderner, digitaler? Einen virtuellen Kreisverband gibt es genauso wenig wie virtuelle Fachkommissionen.

Ich bin mir nicht sicher, ob eine Partei mit virtuellen Kreisverbänden und Kommissionen zur digitalen Avantgarde zählt und das der Weisheit letzter Schluss ist. Für mich ist klar, dass wir mit unseren Botschaften näher an die Menschen müssen und da bietet uns die Digitalisierung eine Vielzahl Möglichkeiten, die wir als CDU noch nicht ausrei-



chend nutzen. Im Zuge des Grundsatzprogramm-Prozesses haben wir zahlreiche Gelegenheiten, um neue Formate zu probieren. Wir haben damit ja auch schon begonnen: Mit unserem eigenen Talkshow-Format „Grundsätzlich CDU“, das live aus dem Adenauer-Haus im Netz ausgestrahlt wurde.

Noch eine persönliche Frage: Sie haben ein kleines Kind und bekommen nochmal Nachwuchs. Wie oft können Sie bei der Familie sein?

Nicht so häufig, wie ich mir das wünschte. Aber ich werde mir auch weiter meine Freiräume erkämpfen, um bei meiner Familie zu sein.

Werden Sie als erster Spitzenpolitiker in Deutschland Elternzeit nehmen?

Wenn ich mich richtig erinnere, ist die Position schon vergeben. Sigmar Gabriel hat sich 2012 eine Pause nach der Geburt seiner Tochter genommen.

Jetzt bitte ich Sie, die nächsten Fragen nur mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Einmal dürfen Sie einen Joker ziehen und sagen, das beantworte ich nicht. Hat die CDU auch einen konservativen Markenkern?

Ja, natürlich.

Wird die CDU am Jahresende mehr Regierungschefs in den Ländern stellen als jetzt?

Ja.

Wird Angela Merkel am Ende des Jahres noch Bundeskanzlerin sein?

Ja.

Wird der Soli am Ende der Legislaturperiode komplett abgeschafft sein?

Das ist unser Ziel.

Ja oder nein?

Wenn es nach mir geht, ist doch logisch: ja. Ich kann nur in einem Interview nicht als Bürge für die Sozialdemokraten auftreten.

Dann ist es ein Joker.

Ja.

Wird der nächste Koalitionspartner der Union im Bund wieder die SPD sein?

Nein.

Wenn ich kein Politiker wäre, wäre ich am liebsten...

... wenn es nach der Leidenschaft ginge, wäre ich am liebsten Polizeibeamter. ●



SOCIAL-BOTS

Wie beeinflussen uns Roboter in sozialen Netzwerken?

Sie äußern sich in Diskussionen auf Twitter, reagieren auf Beiträge in Facebook und folgen Profilen auf Instagram: Social-Bots imitieren menschliche Interaktionen. Ihr Ziel ist es, laufende Diskussionen durch eine Flut von Kommentaren zu lenken und eigene Themen in die öffentliche Debatte zu bringen.

Was sind Bots?

Bots, kurz für die englische Entsprechung des Begriffes „Roboter“, sind Softwareprogramme, die auf bestimmten Algorithmen beruhen. Algorithmen sind komplexe Vorgänge oder Formeln, die zur Lösung eines Problems beitragen. Bots folgen gemeinhin einfachen Befehlen. Sie scannen beispielsweise Profile in sozialen Netzwerken und reagieren dann auf bestimmte Schlüsselwörter, die sie je nach Programmierung dazu auffordern, eben diese Beiträge im jeweiligen Netzwerk zu verbreiten oder sie mit Hashtags (Schlagworten) und vorgefertigten Kommentaren zu versehen. Social-Bots werden in der Regel getarnt und sind nicht als Bots erkennbar, sondern simulieren ein menschliches Profil: Zum Beispiel gelingt es Bots durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, Daten anderer Websites auszuwerten und zu übernehmen, um so glaubhaft an Diskussionen teilzunehmen. Auch agieren sie in sozialen Medien zu gängigen Tageszeiten, damit sie wie Menschen

wirken. Neben der fiktiven Teilhabe an öffentlich geführten Diskussionen auf sozialen Plattformen versenden Bots Freundschaftsanfragen und folgen Profilen, was es ihnen ermöglicht, Nutzerdaten zu verwerten. Bots sind nicht zu verwechseln mit sogenannten Trollen, hinter denen echte Nutzer stecken, die oftmals dafür bezahlt werden, bestimmte Meinungen in die Netzwelt zu tragen.

Wie tragen sie zur Meinungsmache bei?

Algorithmen ermöglichen es Social-Bots, anhand von ausgewählten Begriffen Themen zu erkennen. Erfassen sie eine grundlegende Thematik, sind sie oftmals darauf ausgelegt, die Diskussion mit konträren Argumenten zu überladen. Sogenannte Bot-Armeen reagieren dann auf die Gegenargumente anderer Social-Bots und bestätigen diese beispielsweise mit „Gefällt-mir-Angaben“ und weiteren Argumenten. Auf diese Weise entsteht eine Flut von Aussagen, die eine Auseinandersetzung mit dem ursprünglichen Thema erschweren oder gar verhindern. Gewinnen Gegenargumente die Überhand, suggeriert das dem Nutzer eines sozialen Netzwerks, dass eine breite Gegenmeinung existiert: Dieser Meinung wird aufgrund der Vielzahl an Interaktionen schließlich eine überhöhte Relevanz beigemessen.

Mehr „Fake-News“ durch Social-Bots?

Kaum ein anderer Begriff wurde durch die vergangenen US-Wahlen stärker geprägt: Fake-News, zu Deutsch Falschinformationen, thematisieren unter anderem wirtschaftliche und

Matthias1969
@Matthias1969
egal
beigetreten November 2008

Tweets 18 Tsd. Folge ich 14 Follower 53 Gefällt mir 11,6 Tsd. Listen 2

Matthias1969 @Matthias1969 · 35 Min.
Antwort an @CDU @PauZiemiak
Wer ist denn seit gut 13 Jahren an der Macht, hat alle Systeme und die Infrastrukturen ruiniert. Jeden reingelassen und alle Korrekturmöglichkeiten verhindert? Es ist Merkel mit ihrer CDU! Also fangt bei Euch an!

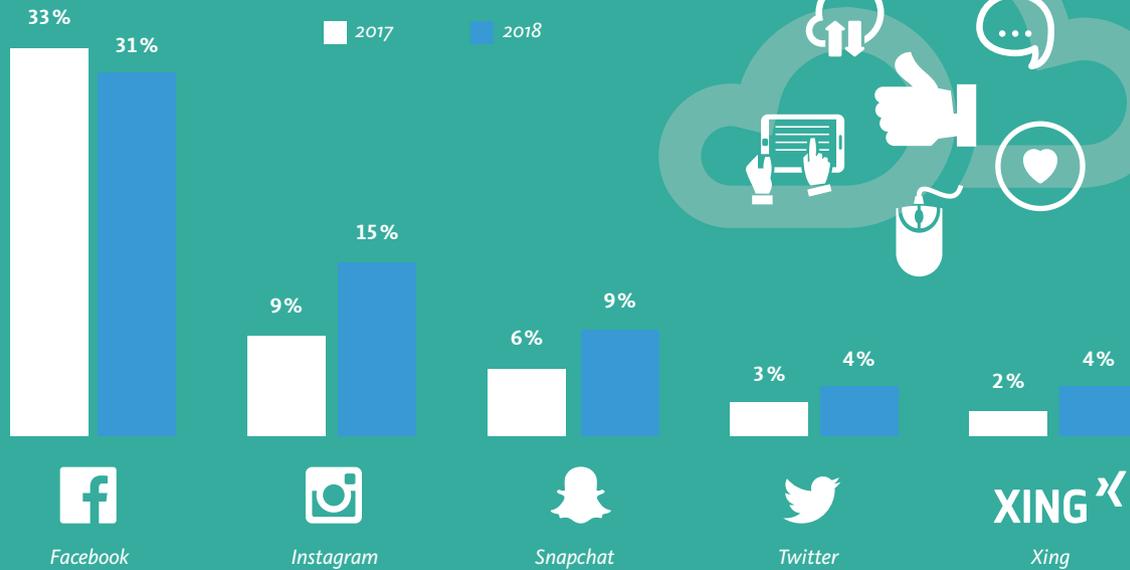
Matthias1969 @Matthias1969 · 54 Min.
Antwort an @hb_politik
Also das übliche falsche Spiel mit ihren Verhandlungspartnern. Hat ja schon beim Brexit wunderbar funktioniert

Matthias1969 @Matthias1969 · 2 Std.
Antwort an @hb_politik
Konsequent und richtig wäre es, wenn die SPD keiner Wahl mehr antritt, denn sie bringt nur Elend und Volksausbeutung mit ihrer Schwester CDU

Keine Profilbeschreibung, mehr als 50 Tweets am Tag, viele Gefällt-mir-Angaben auf anderen Seiten, rund um die Uhr aktiv, einseitige Stimmungsmache: Viel spricht dafür, dass es sich bei diesem Twitter-Profil um einen Social-Bot handelt.

Deutsche nutzen Twitter kaum

Anteil der Befragten, die diese sozialen Netzwerke min. einmal wöchentlich nutzen



Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudie
Basis: jew. Rund 2000 Befragte (ab 14 Jahren) in Deutschland

politische Diskurse und verbreiten sich vorrangig über soziale Plattformen. Einer Studie der Indiana University in Bloomington zufolge reagieren Social-Bots unmittelbar nach der Veröffentlichung von Fake-News besonders intensiv auf den entsprechenden Beitrag, indem sie ihn weitläufig verbreiten. Beliebte Adressaten von Social-Bots sind Nutzer, die eine auffällig hohe Reichweite auf der jeweiligen Plattform verzeichnen. Auf diese Weise erreichen die verbreiteten Fake-News binnen kurzer Zeit eine große Anzahl von Nutzern.

Wer erstellt Social-Bots?

Die Programmierung von Social-Bots obliegt längst nicht mehr nur IT-Experten. Software, die preisgünstig oder gar kostenlos im Internet verfügbar ist, ermöglicht es ebenso dem Laien, Social-Bots zu erstellen und sie für seine Zwecke zu verwenden.

Sind Wahlkämpfe noch fair?

Vor allem auf Twitter ist der Einsatz von Social-Bots erkennbar, und die Folgen sind spürbar: Laut einer Studie der University of Oxford wurden jeweils 19 Prozent aller Twitter-Botschaften Pro Clinton und Pro Trump von Social-Bots verbreitet. Auch die Brexit-Diskussion und der Ukraine-Konflikt wurden von den Programmen beeinflusst. Nicht verwunderlich ist daher, dass Bots einen erheblichen Einfluss auf Statistiken haben und diese durch ihre programmierten Interaktionen zusehends verfälschen.

Thomas Jarzombek, Vorsitzender der MIT-Digitalkommission, gibt jedoch zu bedenken, dass genauso auch händisch verbreitete Meinungen ihren Weg in geschlossene Facebook-Gruppen fänden: „Es gilt daher zu differenzieren und die Bedeutung von Social-Bots nicht über-

zubewerten. Diese kommen nämlich vorrangig auf der Plattform Twitter zum Einsatz, die in Deutschland eher von Profis genutzt und nicht der breiten Öffentlichkeit genutzt wird“, so der Bundestagsabgeordnete und Netz-Experte.

Gesetz gegen Manipulation im Netz

Verzerrt das Wirken von Social-Bots also die politische Debatte? Nadine Schön, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fürchtet den Einfluss von Social-Bots innerhalb politischer Diskurse. „Ich fände es gut, wenn sich alle Parteien in Deutschland, am besten in ganz Europa, freiwillig dazu verpflichten, auf den Einsatz von Social-Bots zu verzichten.“ Ferner sei eine freiwillige Kennzeichnung von Social-Bots seitens Plattformbetreibern denkbar. Thomas Jarzombek würde weitergehen: Eine Kennzeichnung sei bestenfalls ein Teilchen im Puzzle der digitalen Desinformation. Bei der Unterscheidung zwischen Stimmungsmachern und Social-Bots drohe diese jedoch, an ihre Grenzen zu kommen. „Journalisten beispielsweise, deren Recherchen sich aus Twitter-Beiträgen speisen, sollten bei der Wahl ihrer Quelle besondere Aufmerksamkeit walten lassen.“ Auch Darkads, also personalisierte Anzeigen, die nur für spezielle Zielgruppen sichtbar sind, müssten ausgeschlossen werden. Außerdem müssten die Absender von Werbung besser erkennbar werden. Zudem schlägt Jarzombek eine Art Selbstregulierung der Qualitätsmedienanbieter im Internet vor, ähnlich den Regularien des Presserats. ●



Isabella Maria Wünerke
Autorin
redaktion@mit-bund.de

PRO & CONTRA

Sollte Deutschland eine aktive Industriepolitik betreiben?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Staat als Mut- und Impulsgeber



Carsten Müller (48) ist Bundestagsabgeordneter der CDU und Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie.

Welchen Industrien und Technologien die Zukunft gehört, hat nicht die Politik, sondern haben Wettbewerb und Wirtschaft zu entscheiden. Diese Sichtweise der Kritiker einer aktiven Industriepolitik ist auch mir nicht fremd – vor allem, wenn es darum geht, leckgeschlagene Unternehmen zu retten oder Technologien zum Durchbruch zu verhelfen, die sich auf dem Markt erst beweisen müssen. Hier hat der Staat die Hände weg zu lassen. Anders sieht es hingegen aus, wenn eine Technologie schon zeigt, dass sie funktioniert und nachgefragt wird, bei uns aber niemand auf sie setzt und das Feld der internationalen Konkurrenz überlassen wird. So wie bei der Batteriezellfertigung, wo die Musik nicht in Deutschland, nicht in Europa, sondern in Asien spielt.

Dass die Batterietechnologie strategisch bedeutsam ist, steht außer Frage. Der Bedarf an zuverlässigen Stromspeichern ist hoch und wächst rasant. Leistungsfähige Batterien werden für Smartphones, für die Elektrifizierung im Verkehr oder für Strom-Zwischenspeicher gebraucht. Es handelt sich um eine Schlüsseltechnologie mit enormen Potenzialen. Zwar verfügen wir in Deutschland über einige Batteriekom-

ponenten und große Kompetenzen, aber an die Fertigung der Batteriezele in Großserie hat sich noch keiner gewagt. Unternehmen, die die Chancen der Technologie erkannt haben und mit einem Einstieg in die Produktion liebäugelten, schreckten bislang zurück: Hohe Investitionen sowie die Unsicherheit, ob und wann sich diese rechnen, stellen für sie ein zu großes Risiko dar. Der scheinbare technologische Rückstand zu den Wettbewerbern tut ein Übriges. Und klar, Batteriezellen werden wahrscheinlich Standardware werden.

PRO

Soll es das gewesen sein? Die eigenen Bemühungen einstellen und sich in Abhängigkeit anderer begeben? Nein! Der Erfinder Thomas Edison sagte einmal: „Unsere größte Schwäche liegt im Aufgeben. Der sicherste Weg zum Erfolg ist immer, es noch einmal zu versuchen.“ Genau deshalb hat der Staat an dieser Stelle als Mut- und Impulsgeber einzuspringen – mit den richtigen Rahmenbedingungen, mit einer vorübergehenden Anschubhilfe. Unternehmen brauchen neue Impulse, Sicherheit und Mut, damit sie in etwas investieren, von dem sie grundsätzlich überzeugt sind – und zwar in eine etablierte Schlüsseltechnologie, die zu Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung beiträgt. ●

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat Anfang Februar eine „Nationale Industriestrategie 2030“ vorgelegt. Das löste einen Streit über die Frage aus, inwieweit sich der Staat in einer Sozialen Marktwirtschaft in die Belange der Wirtschaft einmischen sollte. Wir haben zwei unserer Mitglieder nach ihrer Meinung gefragt.

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Subventionen machen satt

Für aktive staatliche Industriepolitik wird ins Feld geführt, man benötige in Deutschland zum Beispiel in Bereichen wie Künstliche Intelligenz oder Batteriezellfertigung nationale Champions, die auf Weltebene im Wettbewerb mithalten könnten.

Solche Champions sind aus der Sicht des Mittelstands gut, wenn sie sich ihre Position aufgrund eigener Leistung unter Beachtung der Wettbewerbsregeln erarbeiten. Derartige Champions sind ein wichtiger Baustein in Netzwerken von Betrieben unterschiedlicher Größenordnung. Überhaupt nicht gut finden wir dagegen Champions, die ihre Position staatlicher Förderung verdanken. Es ist ein Irrglaube, man könne durch die Förderung nationaler Champions auf Dauer eine positive Wirkung erzielen. Solche nationalen Champions haben ihre starke Position nicht aus eigener Kraft. Deshalb lässt sich ihre Wettbewerbsfähigkeit nur auf begrenzte Zeit erhöhen. Sobald die staatliche Förderung ausläuft, verblasst der Glanz solcher Champions. Verpulverte Steuermilliarden sind die Folge.

Woher soll ausgerechnet der Staat wissen, was ökonomisch sinnvoll ist? Wenn der Bosch-Mobilitätschef sagt, dass die Wasserstoff-Technik mehr Zu-

kunftspotenzial habe als die Lithium-Zelle, woher nimmt der Staat die Arroganz, dies besser beurteilen zu können? Auch Unternehmer haben natürlich kein vollständiges Wissen. Dafür haben sie aber den Wettbewerb als ständiges Korrektiv. Eine Politik der staatlichen Förderung von nationalen Champions ist dagegen grundsätzlich strukturkonservativ. Subventionen machen satt. Das ist nicht die richtige „Kraftnahrung“, um Unternehmen für Innovationen zu öffnen. Alle Erfahrungen zeigen, dass nicht staatliche Lenkung, sondern nur das „Entdeckungsverfahren Wettbewerb“ in der Lage ist, Innovationen und Anstöße zur effizienten Nutzung der knappen Ressourcen hervorzubringen.

Jede Bevorzugung und Förderung einiger weniger Großunternehmen stellt eine Diskriminierung aller Anderen in der Wirtschaft dar. Eine solche Politik torpediert vor allem den Mittelstand als den stärksten Arbeits- und Ausbildungsplatzmotor der Wirtschaft. Dezentraler freier Leistungswettbewerb ist das Lebenselixier des Mittelstandes und der Sozialen Marktwirtschaft. Aktive staatliche Industriepolitik schafft nicht Wachstum und Wohlstand sondern nur die Illusion davon. ●

CONTRA



Dr. Thomas Köster (72) war von 2015 bis 2017 Vorsitzender der MIT-Grundsatzprogramm-Kommission.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Schutz gegen strategische Übernahmen

Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten haben sich auf einen Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen verständigt. Das betrifft vor allem kritische Infrastrukturen und Technologien. Nachdem zuletzt gerade chinesische Direktinvestitionen in europäische Firmen zunahmen, hat die EU-Kommission eine Angleichung der Überprüfungssysteme vorgeschlagen. Weiterhin entscheiden die Mitgliedstaaten am Ende darüber, ob eine bestimmte Übernahme genehmigt werden soll. Die Einigung schafft einheitlichere Prüfungen und verbessert die Absprachen zwischen den Mitgliedstaaten, um so grundlegende Interessen zu schützen und Rechtssicherheit zu schaffen. Die Einigung ist ein wichtiger Meilenstein zur Wiederherstellung eines fairen globalen Wettbewerbs.



Mehrheitsbeschluss in der Sozialpolitik

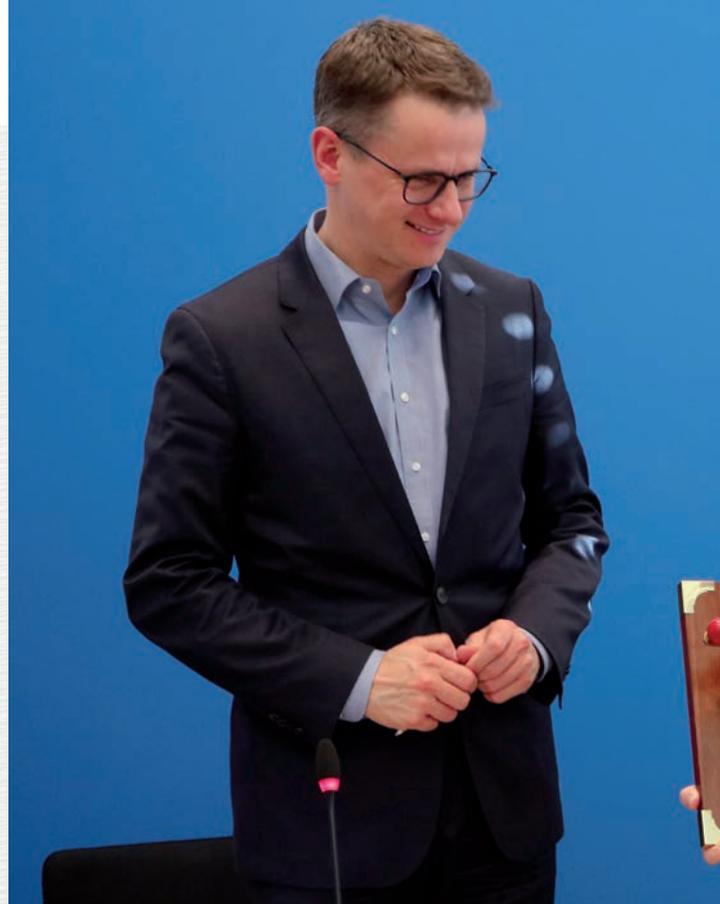
Für den 16. April hat die EU-Kommission eine Veröffentlichung zu einer möglichen Abkehr des Einstimmigkeitsprinzips in der Sozialpolitik hin zu weiteren Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit angekündigt. Dieser Vorstoß öffnet die Tür für eine EU-Arbeitslosenversicherung - auch gegen den Willen der Bundesregierung - und droht somit zum Einstieg in die Transferunion zu werden. Sozialpolitik und soziale Sicherungssysteme haben sich in der EU über Jahrzehnte unterschiedlich entwickelt und liegen daher in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Eine europäische Sozialpolitik, die ohne umfassende Ressourcen auskommen muss, schürt zudem unerfüllbare Hoffnungen bei der Bevölkerung, missachtet die mitgliedstaatliche Verantwortung und zieht Gräben auf. Damit es zu Mehrheitsbeschlüssen in allen Aspekten der Sozialpolitik kommt, müssen alle Mitgliedstaaten zuallererst den Vorschlägen der Kommission zustimmen. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung jegliche dahingehende Bestrebungen ablehnen.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament



Bundesrat will Meisterbrief wieder einführen

Der Bundesrat hat sich für eine Rückkehr zur Meisterpflicht in vielen Handwerksberufen ausgesprochen. Die Länderkammer stimmte Mitte Februar einem entsprechenden Antrag Bayerns zu. Darin wird die Bundesregierung gebeten, den verpflichtenden Meisterbrief in allen Handwerken wieder einzuführen, bei denen „dies geboten und rechtlich möglich ist“. Dies war immer wieder von der MIT gefordert worden und so bereits in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition aufgenommen worden.

Gerade im Handwerk bestehe ein zunehmender Fachkräftebedarf, betonten die Länder. Der Meisterbrief sei ein entscheidender Anreiz, ein Handwerk zu erlernen. Er stärke die Qualität und Leistungsfähigkeit von Handwerksbetrieben, heißt es in der Begründung. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann: „Jetzt ist die Bundesregierung am Zuge, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen.“

Handwerk





Für den richtigen Kurs: Carsten Linnemann überreicht Annegret Kramp-Karrenbauer einen Kompass. Er trägt als Aufschrift den Titel des MIT-Grundsatzprogramms „Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“. Die CDU-Vorsitzende verriet: Auch die CDA habe ihr einen Kompass geschenkt, „aber der von der MIT ist größer“.

Der MIT-Bundesvorstand formulierte sechs besonders relevante Punkte für die Revisionsklausel: strukturelle Veränderungen im Bundeshaushalt, eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung mit einer Absenkung der Gesamtbelastung, Entlastungen der Unternehmen von Bürokratie und Regulatorik, Beschleunigung beim Infrastrukturausbau, leichtere Nutzung von Daten sowie verstärkte Digitalisierung der Verwaltung.

„Deutschland zukunftsfähig machen“

Der Koalitionsvertrag sollte grundsätzlich auf seine Zukunftsfähigkeit überprüft werden. Darauf haben sich der MIT-Bundesvorstand und die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer auf einer Vorstandssitzung im Februar verständigt. Die CDU müsse angesichts der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eigene Vorschläge für die vereinbarte „Revisionsklausel“ im Koalitionsvertrag vorlegen.

„Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, wenn wir im Standortwettbewerb bestehen wollen und wenn wir hohe Beschäftigung und Wachstum sichern wollen“, sagte MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. „Nach zehn wirtschaftlich erfolgreichen Jahren sind Eintrübungen am Konjunkturhimmel erkennbar“, heißt es in der mit der CDU-Vorsitzenden abgestimmten Erklärung der MIT. Das Wirtschaftswachstum schwäche sich ab, die Sozialleistungen und Steuerquote seien angestiegen. Die CDU-Vorsitzende betonte, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Steuersystem für Unternehmen und spürbare Entlastungen für hart arbeitende Menschen brauche.

Grenzwerte aussetzen, Messverfahren überprüfen

Der Bundesvorstand sprach sich zudem dafür aus, die derzeit geltenden Stickoxid-Grenzwerte im Straßenverkehr auszusetzen. Die momentan angewendeten Messverfahren und Grenzwerte müssten überprüft und Fahrverbote in jedem Fall verhindert werden. Weiterhin fordert die MIT die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen auf, die Messstationen so aufzustellen, wie es die 39. Bundesimmissionschutzverordnung (BImSchVO) verlangt. Die Positionierung der Messstationen in Deutschland müsse deshalb überall darauf überprüft werden, ob sie die Immissionswerte tatsächlich dort messen, wo Menschen die Luft einatmen.

„Grundsteuer muss unbürokratisch sein“

Außerdem sprach sich der Bundesvorstand bei der Reform der Grundsteuer für das Flächenmodell aus. Dieses würde komplizierte Berechnungen nach dem Wert der Immobilie vermeiden. Bürokratische Modelle wie das des Bundesfinanzministers, auch in abgewandelter Form, lehnt die MIT ab. „Die Grundsteuer ist keine Vermögensteuer und keine Ertragsteuer mit Umverteilungszweck“, heißt es im Beschluss. Jede Reform müsse aufkommensneutral sein und dürfe nicht zu Personalaufwüchsen in den Finanzverwaltungen führen.



Vorschläge für Mittelstandspreis

Die Ausschreibung zum Deutschen Mittelstandspreis der MIT 2019 läuft. Noch bis zum 31. März 2019 nimmt unsere Jury Vorschläge entgegen. Der Preis, der besonderes Wirken im Einklang mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hervorhebt, wird in den drei Kategorien Unternehmer, Politiker sowie Akteur der Gesellschaft verliehen. Im vergangenen Jahr wurden Julia Klöckner, Emitis Pohl sowie das Handelsblatt ausgezeichnet. Zur Ausschreibung: www.mit-mittelstandspreis.de

Ausschreibung

MIT in den Medien

Gefragte Interviewpartner

Die MIT-Bundesgeschäftsstelle erhält immer wieder Medien-Anfragen nach Interviewpartnern aus dem Mittelstand. Im Dezember besuchte deshalb der französische Nachrichtensender FRANCE24 den MIT-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg, Oliver Zander, in Leonberg. Dort ist Zander Prokurist des mittelständischen Wasseraufbereiteters Perma-Trade. Der MIT-Landesvorsitzende sprach sich in dem Beitrag für einen besser geregelten Fachkräftezugang aus dem Ausland aus.

Zuvor wurden bereits einige MIT-Mitglieder zum CDU-Parteitag befragt. So wurde die Bauunternehmerin und Bezirksvorsitzende der MIT Südbaden, Ruth Baumann, von der „Wirtschaftswoche“ begleitet, der Landesvorsitzende der MIT Sachsen, Markus Reichel, äußerte sich in einem Einspieler in der ARD-Sendung „hart aber fair“ zur Vorsitzendenwahl.



Härterer Kurs gegen den politischen Islam

Der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann hat sich für einen härteren Kurs gegen den politischen Islam ausgesprochen. Er werde bei Unternehmensbesuchen immer seltener auf Steuern oder Finanzen, dafür immer häufiger auf Fragen von Zusammenhalt und Sicherheit angesprochen, sagte er dem Magazin „Spiegel“. In seinem Buch „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“ (siehe auch Rezension S.36) werden mehrere Forderungen aufgestellt. Unter anderem soll konsequenter gegen Vielehen, Salafismus und radikale Imame vorgegangen werden. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen soll begrenzt werden, die Integration über individuelle Vereinbarungen zwischen Flüchtlingen und dem Staat gestärkt werden.



Bälle, Betriebsfeiern & das größte Ballonfest Europas

Jürgen Lutter ist als Veranstaltungsmanager in der Region Paderborn eine feste Größe

Jürgen Lutter ist in Ostwestfalen-Lippe bekannt als Manager für Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art – ob Sommerfest, runder Geburtstag, Unternehmenspräsentation oder Podiumsdiskussion. Bei solchen Events organisiert er alles, was dazu gehört: von den Einladungskarten bis zur Bühnentechnik, vom Catering bis zur Moderation. Und gern übernimmt er letztere auch selbst – schließlich ist er auch Stadionsprecher des SC Paderborn in der Benteler Arena und Sprecher der Warsteiner Internationalen Montgolfiade, Europas größtem jährlich stattfindenden Ballonfestival. Reden kann er: Das hat der 54-jährige insgesamt 17 Jahre lang als Moderator beim Privatsender „Ra-dio Hochstift“ unter Beweis gestellt. In dieser Zeit hatte der aus Büren im Kreis Paderborn stammende Lutter Gelegenheit, den Grundstein für sein Unternehmen zu legen, das gleichnamige „Jürgen Lutter Veranstaltungs-Management“, das er 1994 gründete. „Als Moderator lernte ich damals auf großen Veranstaltungen in der Region viele Menschen kennen: Unternehmer, Politiker und andere Akteure des öffentlichen Lebens – und natürlich meine heutigen Partner-Unternehmen, die sich im Hintergrund darum kümmern, dass alles gut läuft: Von der PR und dem Veranstaltungscontrolling über Beleuchtung und Musik, Bestuhlung und Deko, Essen und Trinken“. Seit 25 Jahren kommen ihm diese Kontakte zugute, ein verlässliches Netzwerk ist entstanden, auf das er bei der Organisation von Events regelmäßig zurückgreift. Damit eine Veranstaltung auch zum Erfolg wird, ist ihm eines ganz besonders wichtig: Der persönliche Kontakt zum Auftraggeber. „Ich muss vorher genau wissen, was der Kunde möchte, was er sich vorstellt. Dann kann ich beraten und Vorschläge machen. Und ich bin bei jeder dieser Veranstaltungen auch selbst vor Ort, um mir ein Bild zu machen“. Wer gerne für seine Veranstaltung ein sportliches Ambiente wünscht, kann übrigens auch auf die drei VIP-Lounges der Paderborner Fußballarena zurückgreifen. Hier kümmert er exklusiv sich um die Vermietung, wenn nicht gerade ein Fußballspiel läuft. Aber auch andere außergewöhnliche Locations stehen für Veranstaltungen à la Lutter. So hat er 2018 die Landestagung der MIT Nordrhein-Westfalen am Paderborn-Lippstadt Airport betreut.

Jürgen Lutter Veranstaltungsmanagement

Jürgen Lutter | Ringstraße 32, 33142 Büren
Tel.: 05251 8787900 | Fax: 05251 / 8787901
E-mail: info@jlv.de | www.jlv.de

FAZ über das Mittelstandsmagazin

Das Mittelstandsmagazin wird auch in Deutschlands Redaktionen gelesen. Die FAZ schreibt am Neujahrstag: „Die große und einflussreiche Mittelstandsvereinigung der Union (MIT) vergießt in der ersten Ausgabe ihres Mitgliedermagazins nach dem Parteitag zwar noch ein paar Tränen über die Niederlage des von ihr unterstützten Kandidaten Merz. Doch schreibt der MIT-Vorsitzende (...) Carsten Linnemann (CDU), nun müssten die Reihen schnell wieder geschlossen werden. Über Kramp-Karrenbauer äußert er, diese habe viele Positionen der MIT übernommen. Auch für den neuen Generalsekretär Paul Ziemiak findet er lobende Worte. In dem Heft lässt die Mittelstandsvereinigung den Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte in einem fünf Seiten umfassenden Interview verkünden, dass Kramp-Karrenbauer beste Chancen habe, Kanzlerkandidatin zu werden.“



Sie sind MIT-Mitglied und würden sich und Ihr Unternehmen gerne im Mittelstandsmagazin vorstellen? Wir bieten Ihnen Sonderkonditionen und helfen bei der redaktionellen Bearbeitung. Bitte kontaktieren Sie uns: verlag@ubgnet.de

So jung und schon bei der MIT

Ohne Nachwuchs geht es nicht. Das gilt auch für die MIT. Zum Glück steht der Nachwuchs bereits in den Startlöchern. Wir stellen fünf der jüngsten MIT-Mitglieder vor: Wer sind sie? Was bewegt sie? Und was erwarten sie von der MIT?

Fünf junge MIT-Mitglieder haben sich bereit-erklärt, mit dem Mittelstandsmagazin über sich und die MIT zu reden. Der jüngste ist mit 16 Jahren **Fynn Scharfenorth**. Er hat sich bereits mit 12 Jahren in der Schüler-Union (SU) engagiert. Dort lernte er viele Gleichgesinnte kennen.

„Irgendwann haben wir uns dann zusammengetan mit dem Ziel, die MIT auch hier vor Ort aufzubauen. Wir wollten eben auch mitwirken und nicht mehr nur stille Beisitzer sein“, erklärt er. Fynn Scharfenorth macht eine Ausbildung in einem mittelständischen Unternehmen. Nach seiner Motivation für die MIT gefragt, erklärt er: „Wenn man den Diesel-Skandal betrachtet, wird ja sehr schnell deutlich, wem der Staat unterstützt. Die Mittelständler kommen da zu kurz.“



Fynn Scharfenorth (16)
Ausbildung zum Fachinformatiker
für Anwendungsentwicklung
MIT Main-Kinzig

Für **Laura Hannig** (20), der jüngsten Frau in der MIT, ist der Mittelstand der Motor der deutschen Wirtschaft und damit die Basis für unseren Wohlstand hierzulande. „Die MIT gibt diesem Motor eine starke Stimme und setzt sich dafür ein, gute Rahmenbedingungen zu schaf-

Laura Hannig (20)
Jura-Studentin
MIT Rendsburg-Eckernförde



fen. Daran möchte ich mitwirken“, begründet sie ihr Engagement. Sie studiert momentan Rechtswissenschaften im dritten Semester.

Der zweite Finn in der Runde verfügt trotz seines jungen Alters über reichlich politische Erfahrung. **Finn Wandhoff** ist seit 2017 Bundesvorsitzender der Schüler-Union. Er hatte, zumindest zeitweise, den Eindruck, dass die MIT inhaltlich konkreter ist als die CDU. Dies und der sehr aktive Landesverband in Schleswig-Holstein bewegten ihn zum Eintritt. Er bereitet sich momentan auf sein Abitur vor. Außerdem nimmt sein Amt als SU-Bundesvorsitzender viel Zeit in Anspruch. „Das sind jeden Tag etwa zwei Stunden. Außerdem sind die Wochenenden komplett belegt.“ Er fühlt sich in der MIT sehr wohl, hat aber auch konkrete Verbesserungsvorschläge: „Die MIT braucht einen fitteren Auftritt in den sozialen Medien. Wir müssen Wirtschaftspolitik aktiv an junge Leute herantragen und dabei auch Medien wie Instagram und Snapchat nutzen.“

Finn Wandhoff (18)
Schüler
MIT Plön





Florian Gibbe (17)
Schüler
MIT Main-Kinzig

Florian Gibbe bereitet sich momentan auch auf das Abitur vor. An der MIT schätzt er vor allem ihr Engagement für den Mittelstand und für Leistungsgerechtigkeit. Als Mitglied der Jungen Union in Langenselbold kam er schon früh mit der MIT in Kontakt. „Die gute Zusammenarbeit mit der MIT war sicherlich die Hauptmotivation für meinen Eintritt“, erklärt er. Alle vier nennen einen aktiven MIT-Kreis-

verband als Hauptmotivation, um überhaupt einzutreten. „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die MIT, ähnlich wie die CDU, bei den unter 20-Jährigen eher unattraktiv ist“, so Gibbe. Ein engagierter Verband vor Ort sei das beste Mittel dagegen.

Auch **Devin Ala** (17) geht derzeit zur Schule, arbeitet jedoch nebenbei bei dem Reinigungs-Startup Polsterando. In seinem Wohnort Bondorf bei Böblingen ist er in der Jungen Union aktiv und Schülersprecher. In dem Startup ist er für den Vertrieb und die Personalgewinnung verantwortlich. Auf die Frage, wie Bewerber reagieren, wenn vor ihnen ein 17-Jähriger sitzt, räumt er ein, dass einige zunächst irritiert sein würden. Nach ein paar Fragen spiele der Altersunterschied jedoch keine Rolle mehr. Ala findet es wichtig, dass sich die Jüngeren Gehör verschaffen. Deswegen will er auch seine Freunde motivieren, der MIT beizutreten.



Devin Ala (17)
Schüler
MIT Böblingen

Ein starkes Engagement für Mittelstand und Einzelhandel ist allen fünf Jung-Mitgliedern wichtig. Die Politik soll ihr Augenmerk weg von den Großkonzernen hin zu kleinen Unternehmen und den Bürgern lenken. Auch muss die MIT aus ihrer Sicht daran arbeiten, bei jüngeren Menschen bekannter zu werden. Bei den beruflichen Zielen gibt es zwar Unterschiede, aber alle wünschen sich für ihre Zukunft finanzielle Unabhängigkeit und möglichst viel Freiheit: „So viel Staat wie nötig, so wenig wie möglich“, erklärt Fynn Scharfenorth. Laura Hannig findet, dass ihre Generation in einer herausfordernden Zeit lebt: „Die MIT sollte sich konkret für einen guten Arbeitsmarkt und eine gute Sozialpolitik einsetzen. Das ist vor allem für die jüngere Generation wichtig.“



Micha Knodt
Autor
knodt@mit-bund.de

Bundesverband unterstützt bei der Mitgliedergewinnung

Der MIT-Bundesverband unterstützt Kreisverbände finanziell bei der Gewinnung junger Mitglieder. Seit dem 1. Januar 2019 erstattet der Bundesverband den Kreisverbänden auf Anfrage die Hälfte der Bundesumlage für Neumitglieder (bis Vollendung des 30. Lebensjahres). Voraussetzung ist, dass sich auch der Landesverband an der Aktion beteiligt. Die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein machen bereits mit. Die Abwicklung erfolgt durch die Bundesgeschäftsstelle, sodass es in den Landesgeschäftsstellen nicht zu unnötigem Aufwand kommt. Am Ende eines Jahres wird den Kreisverbänden – nach Meldung ihrer Neumitglieder – je die hälftige Bundes- und Landesumlage für das abgelaufene Jahr erstattet. Beitragssatz würde halbiert werden, allerdings ohne Rückwirkung.

Politiker schreiben hin und wieder mal ein Buch. Das ist nichts Ungewöhnliches. Dieses Buch aber lässt aufmerken, denn einer der beiden Autoren ist Carsten Linnemann, Chef der einflussreichen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union in Deutschland, und einer, der immer wieder genannt wird, wenn es um die Zukunft seiner

Bundespräsidenten Christian Wulff aufgreifen und über seine Aussage reflektieren, nach der der Islam zu Deutschland gehöre.

Darüber kann man trefflich streiten, denn – so Linnemann und Bausback im Vorwort – „den“ Islam gebe es gar nicht. Stattdessen gibt es vielfältige Schattierungen, integrationswillige und integrationsunwillige Muslime,

mangelhaften Sprachkenntnissen. Und die sind unbedingt Voraussetzung für Bildung und damit ein Leben auf Augenhöhe in dieser Gesellschaft.

Die Autoren des Buches beschönigen nichts und analysieren, was nicht rund, ja sogar schief läuft bei der Integration von Muslimen in Deutschland. Carsten Linnemann empfiehlt einen Blick in andere europäische

Carsten Linnemann/Winfried Bausback (Hrsg.)
Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland
Wie wir unsere freie Gesellschaft verteidigen

Verlag Herder
Februar 2019
geb., 288 Seiten, 22 Euro
ISBN: 978-3-451-38351-9



BUCHREZENSION

Programm zur Verteidigung der Freiheit

Partei, der CDU geht. „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“ heißt das Werk, das der Bundestagsabgeordnete jetzt zusammen mit dem CSU-Landtagsabgeordneten und früheren bayrischen Justizminister Winfried Bausback herausgegeben hat.

Deutschland hat sich verändert in den vergangenen Jahren, besonders seit die CDU-geführte Bundesregierung im Herbst 2015 die Grenzen öffnete und mehr als eine Million Flüchtlinge und Migranten vornehmlich aus dem islamischen Kulturkreis in unser Land einreisen ließ. Wenn Millionen Muslime bei und mit uns leben, ist es folgerichtig, dass die beiden Herausgeber und die Autoren des Buches wie Necla Kelek, Christiane Schirmacher oder der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer das einstige Wort des

solche, die in Koran und Grundgesetz keinen Widerspruch sehen. Und andere, die in unserem westlichen Lebensstil ein Feindbild sehen, ja sogar die Art, wie wir leben, verachten.

Integration ist der Schlüssel zu allem, und der Ökonom Linnemann sieht unter anderem in der Arbeitswelt den Schlüssel zu einem gedeihlichen Miteinander in unserer Gesellschaft. Er schreibt: „In Arbeit zu kommen, Kollegen zu haben, Geld zu verdienen und für sich selbst sorgen zu können, sind wichtige Bestandteile von Integration.“ Doch die Autoren malen die Bemühungen nicht rosarot, denn oftmals scheitern gut gemeinte Angebote für Zuwanderer schon an

Länder wie Dänemark, Österreich, Frankreich und die Schweiz, die klarer in der Analyse ihre Politik gegenüber Flüchtlingen und Zuwanderern formulieren, als wir es uns in Deutschland trauen. Und die aber dennoch weltoffen, liberal und tolerant sind. Und letztlich bereit, mit Härte zu reagieren, wenn Weltoffenheit und Toleranz durch einen radikalen Islam herausgefordert werden. ●

Klaus Kelle (59)
ist Publizist und
Medienunternehmer.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich mit dem Handwerk groß geworden bin, die Herausforderungen sehr gut kenne und der Mittelstand auch in Zukunft eine sehr große Rolle für die deutsche Wirtschaft spielen wird.“



Andreas Hirtzel

Geschäftsführer,
MIT Oberhavel

... ich denke, dass man auch als Unternehmerin oder Unternehmer eine politische Verantwortung hat. Ich will die MIT gestalten statt nur meckern.“



Stephanie Kötter-Gribbe

Geschäftsführerin,
MIT KV Cloppenburg

... mir bessere Bedingungen für unsere Unternehmen – die Motoren für Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland – am Herzen liegen.



Lukas Thomsen

Student,
MIT Mülheim/Ruhr

Andreas Hirtzel (47) ist seit 18 Jahren geschäftsführender Gesellschafter eines kleinen Softwareentwicklers im nord-brandenburgischen Gransee. Dort führte seine Familie trotz aller Schwierigkeiten zu DDR-Zeiten eine Kfz-Werkstatt. Mittlerweile wird diese in fünfter Generation von seinem Bruder fortgeführt. Vor der Wende begann Hirtzel eine Ausbildung zum Elektronikfacharbeiter. In den unsicheren Zeiten danach arbeitete er in einem Berliner Autohaus als Verkäufer. Mitte der 90er-Jahre wechselte er dann in den väterlichen Betrieb, ehe er Ende 1999 mit einem Geschäftspartner den Software-Betrieb als GmbH gründete. Seit 2014 ist er kommunalpolitisch als sachkundiger Einwohner im Stadtparlament tätig. 2015 trat er in die CDU ein und seit 2016 ist er Vorsitzender der CDU Gransee.

Stephanie Kötter-Gribbe (42) ist Geschäftsführerin der Best Plastic Management GmbH, einem familiengeführten, international tätigen Unternehmen der Kunststoffverarbeitung. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Hannover und einem längeren Aufenthalt in einer Schweizer Unternehmensberatung übernahm Kötter-Gribbe im Jahr 2000 den Betrieb von ihrem Vater. Dieser ist in Bösel im Landkreis Cloppenburg angesiedelt.

Politisch war sie früh aktiv, als Kreisvorsitzende sowohl der Schüler Union als auch der Jungen Union in Cloppenburg sowie als Beisitzerin im Landesvorstand der Jungen Union Niedersachsen. Zu ihren Hobbies neben dem Betrieb und der Familie zählen die Jagd, Pferde, das Lesen und Verreisen.

Lukas Thomsen (21) ist Student der Rechtswissenschaften im fünften Fachsemester. Neben rechtlichen Themen interessieren ihn wirtschaftliche Sachverhalte. Als Schnittstelle bereitet ihm das Gesellschaftsrecht besondere Freude.

Thomsen engagiert sich ebenso in der Jungen Union und in der CDU. Ihn ärgert, dass in seiner Heimatstadt Mülheim an der Ruhr Schuldenberge wegen der „miserablen Haushaltsführung der Stadt nun in Form von Steuererhöhungen auf Unternehmen und Beschäftigte abgewälzt“ würden. Das empfindet Thomsen als ungerecht. Deshalb möchte er im Rahmen seines politischen Engagements die Interessen der Betroffenen aufgreifen und Entscheidungsträger für diese Ungerechtigkeit sensibilisieren.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.1.2019)

Vechta
(Niedersachsen)
860 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
569 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Fulda
(Hessen)
563 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
469 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Rhein-Sieg-Kreis
(Nordrhein-Westfalen)
411 Mitglieder

Kreisvorsitz:
Andreas Stolze

Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.10.2018 – 31.1.2019)

9
Rendsburg-Eckernförde
(Schleswig-Holstein)
9 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Günter Kohl

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Ulrich Lange

Tirschenreuth
(Bayern)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Leonhard Zintl

Baden-Baden
(Baden-Württemberg)
5 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Anemone Bippes

Mitte
(Berlin)
6 Neumitglieder
Kreisvorsitz:
Gabriele Cocozza

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.10.2018 – 31.1.2019)

+22 %

Vorpommern-Rügen
(Mecklenburg-Vorpommern)
Kreisvorsitz: Daniel Ruddies

+15 %

Schleswig-Flensburg (Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitz: Helge Lehmkuhl (komm.)

+13 %

Potsdam (Brandenburg)
Kreisvorsitz: Ferdinand Fiedler (komm.)

+16 %

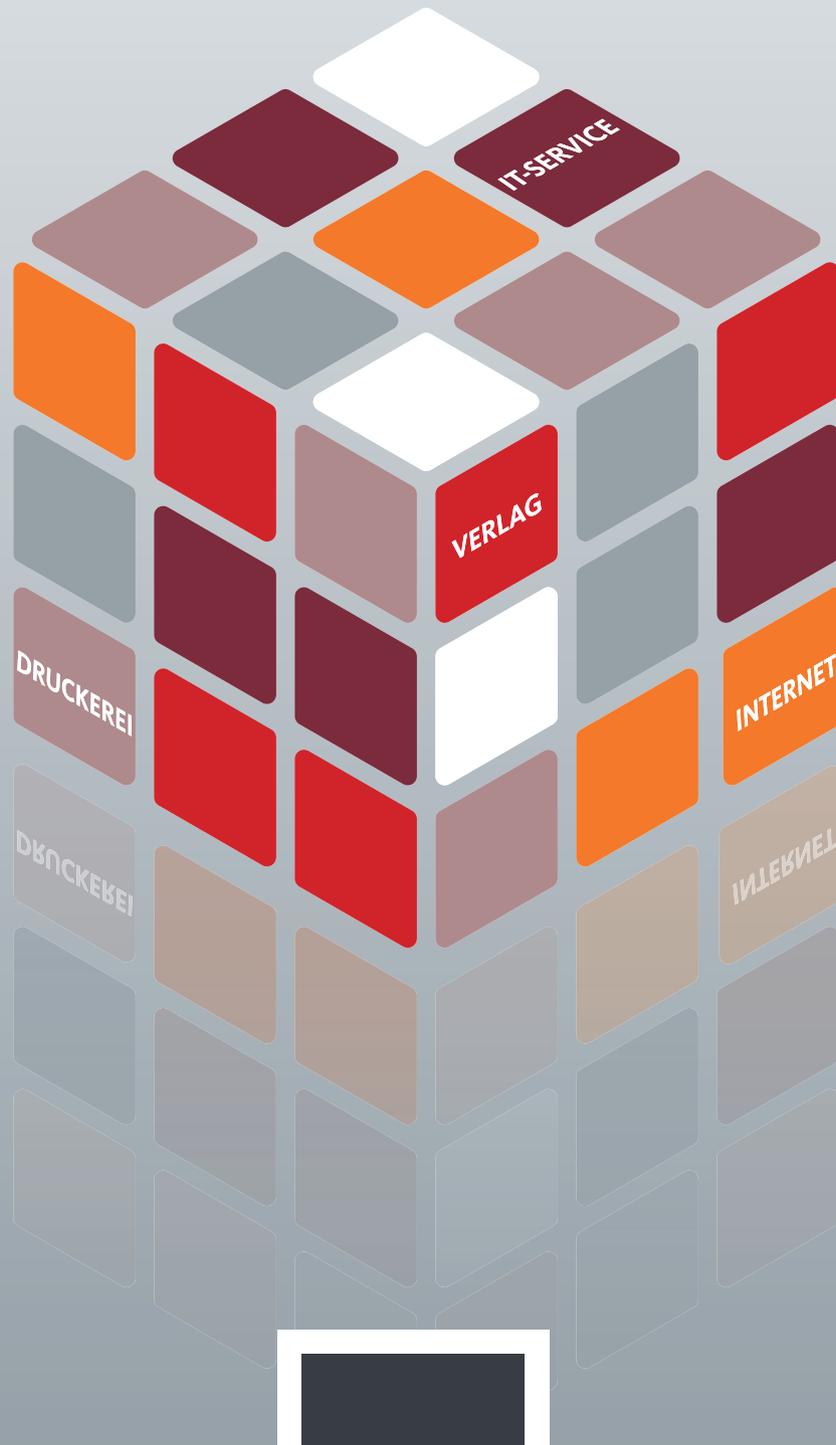
Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitz: Günter Kohl

+12 %

Osterholz (Niedersachsen)
Kreisvorsitz: Uwe Hansmann



WIR ZAUBERN LÖSUNGEN.



Union Betriebs-GmbH

Alle 2 Minuten sucht ein
Unternehmer der Metall-
und Elektroindustrie eine
Fachkraft.

Wir brauchen eine Politik,
die Menschen in Arbeit bringt.